

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1923**

18.5.1923 (No. 113)



# Badischer Beobachter

Wegpreis monatlich: In Karlsruhe durch Träger M. 4700, (H. Abholstellen in Karlsruhe M. 4400) auswärts (Deutschland) durch die Post M. 4700. — Ausland durch Post oder Kurier M. 5000. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt M. 2.00.

Anzeigenpreis: 1 malig, 1 mm hoch, 85.— M.; im Restlichen 250.— M. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Rabatt, der bei größtmöglicher Berechnung und bei Kontanten best. ist.

Redaktions- und Geschäftsstelle 535.

Verlegerin und Verlagsleiterin: M. Sel. „Badenia“ (Wilhelm Jöhner, Director).  
Korrespondenz-Redaktion: M. Sel. Karlsruhe, Adlerstraße 42.  
Druck- und Verlagsanstalt: „Badischer Anzeiger“ in Karlsruhe 4844.

Erscheint dreimal wöchentlich. — Beilagen: „Blätter für den Familienrat“ und „Frauenwortschau“. — In Fällen von höherer Gewalt behält kein Anzeiger die Verantwortung für die Nichterreichung der Zeitungen oder für die Nichtzahlung des Bezugspreises.  
Schluss der Anzeigen: Annoncen: normal 18 Uhr.

Hauptredaktion: J. Th. Meyer. Verantwortlich für badische, Reichs- und auswärtige Politik: J. Th. Meyer; für das Feuilleton: J. Th. Meyer; für den Nachrichten- und Handelsdienst: J. Th. Meyer; für die Anzeigen: J. Th. Meyer, sämtliche in Karlsruhe.

## Vom Tage.

Die Regierungsbefehle in Berlin über die Antworten der Entente dauern an. Vorläufig ist noch keine neue Aktion der Regierung zu erwarten. Der sozialdemokratische Führer Breitscheid erklärte einem englischen Journalisten, die Anregungen in der Curzon-Rede entsprächen größtenteils den Forderungen der Sozialdemokratie, die für ein neues Reparationsanerkennen sei, was namentlich in der Frage der Garantien so umfassend sein müsse, daß die Frage des Gesamtvertrages der Reparation für den Augenblick in den Hintergrund gedrängt würde.  
In Ludwigshafen verhafteten die Franzosen drei Direktoren der Bad. Anilinwerke.  
Die Stadt Gießen ist nunmehr in die Besetzung einbezogen.  
Ebenfalls in Paris wurde eine neue Besatzungsverordnung für Nord- und Süddeutschland auf Grund der Einigung zwischen Frankreich und Belgien am 15. Juni in Kraft. Ueber die Ausdehnung der neuen Besatzungszone werde Stillschweigen bewahrt.  
Der parlamentarische Untersuchungsausschuß für die Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917 befaßte sich gestern mit der Brand-Landenschen Aktion. Der Plan einer Zusammenkunft der beiden in der Schweiz scheiterte an dem Eingreifen des französischen Ministerpräsidenten Ribot.  
Die Anklage gegen den Journalisten Dehne wegen Hochverrats dürfte in Leipzig in der kommenden Woche ihren Abschluß finden. Der Reichsanwalt hat drei Anklagepunkte gegen Dehne fixiert.  
Auf die Stadt Königsbrunn verübten polnische Injuranten einen Überfall. 40 der Banditen konnten verhaftet werden.  
Lord Curzon hatte gestern eine Unterredung mit Stalin. Im Unterhaus entspann sich gestern abermals eine Debatte über die englische Politik gegenüber Rußland. England will auf seinen Forderungen bestehen bleiben, doch hofft man, daß ein Bruch vermieden werde.

## Zum 18. Mai 1923.

Heute sind es 75 Jahre her, daß in der Paulskirche in Frankfurt a. M. die erste deutsche Nationalversammlung zusammentrat, nachdem die vom sog. Vorparlament ausgerichteten Wahlen erfolgt waren. Es ist zwar heute nicht die Zeit, um Gedanken zu feiern. Die nottollte Gegenwart nimmt all unser Denken und Trachten in Anspruch. Trotzdem können wir den Tag nicht ganz unbeachtet vorüber gehen lassen; einmal weil die Nationalversammlung, was man auch über sie sagen mag, der erste Schritt in die Augen treuende Erfolg des Willens des deutschen Volkes zum Reich war, jodann aber auch, weil die Nationalversammlung im Dienste von Idealen stand, die zum Teil heute nicht weniger Ideale sind als damals, wenn sie auch heute so wenig erreicht sind, wie sie damals erreicht wurden.  
Den Willen zum Reich bezeugte die Nationalversammlung durch die von ihr gefasste Verfassung, die die Grundrechte des deutschen Volkes enthielt. Im ganzen war sie zu sehr Theorie, wurde auch nie praktisch wirksam, bildete aber doch eine Grundlage für die Verfassung des im Jahre 1871 entstandenen deutschen Reiches. Die Nationalversammlung selber verlor, je länger sie beisammen war, umso mehr an Ansehen und Einfluß, obwohl sie die glänzendsten Namen aus der Geisteswelt des damaligen deutschen Volkes unter ihren Mitgliedern hatte. Am 18. Juli 1849 wurde sie in Stuttgart, wo sie sich von Frankfurt aus hingezogen war, von der württembergischen Regierung aufgelöst, nachdem schon zuvor viele Abgeordnete sich von ihr zurückgezogen hatten. Ihre Beschlüsse, n. a. die Bestimmung eines Reichsverwebers und die Anbetung der Kaiserkrone an König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen hatten keinerlei praktische Folgen.  
Manche der dort laut gewordenen Ideen sind auch heute noch und heute wieder wertvoll. Die Lösung des Reichsgebanten im Jahre 1871 entsprach nicht dem, was die Mehrheit der Abgeordneten der Nationalversammlung ursprünglich über das deutsche Reich dachten. Die meisten waren ursprünglich Anhänger der sogenannten großdeutschen Ideen gewesen, auch wenn sie später aus einer gewissen Not heraus sich zur kleindeutschen Idee und dem Reich unter Führung Preußens bekannten. So z. B. der bekannte geistvolle katholische Staatsmann General von Radowitz. Die süddeutschen Abgeordneten waren fast durchweg großdeutsch. U. a. finden wir diese Idee formuliert in der Rede, die der Münchener katholische Gelehrte Johann Seyd auf der Nationalversammlung hielt, indem er unter Hinweis auf das Vorbild der nordamerikanischen Union ausführte:  
„Könnte es nicht unserer großen, deutschen Union das Vorbild der nordamerikanischen Völkervereinigung sein, die ungarische, slowakische und italienische Nationalität die gleichmächtig durch ihre Deputierten vertreten bliebe, wo dies wohl der wirksamste Weg, um mit der schnellsten und friedlichen Ausbreitung der deutschen Sprache unser Vorkriegsgebiet in Mitteleuropa festzustellen ... Meine Meinung geht nun dahin: Beide Großmächte müssen in unserer Bundesstaat eintreten; nicht eine darf Deutschland entfremdet werden, weder Oesterreich, noch Preußen, auch deshalb, damit nicht von einer derselben die kleinen Länder in ihrer Selbständigkeit zu sehr bedroht, wo nicht gar verjüngt werden.“  
Auch diese großdeutsche Idee fand keine Erfüllung;

aber sie ist weiterhin Problem geblieben. Sie war friedlich gedacht und hätte, wenn ihre Ausführung möglich gewesen wäre, sicherlich unendlich viel Unheil verhindert, das seither über das deutsche Volk und seine Länder gekommen ist.  
Auf der Nationalversammlung in Frankfurt sehen wir auch die ersten Anfänge zu der späteren Zentrumspartei. Der katholische Club bildete sich, dessen Vorsitzender von Radowitz war und dem u. a. der Erzbischof von Köln, Bischof v. Ketteler, Dollinger, Fuß, Reichensperger u. a. angehörten. Doch gingen seine Abgeordneten nur in religiösen u. kirchlichen Fragen, die auch damals im Parlament schon eine große Rolle spielten — erklärte sich doch der sogenannte Affen-Vogel leidenschaftlich gegen Religion und Kirche — gemeinsam vor und verteilten sich in politischen Fragen auf verschiedene Parteien oder Seiten des Hauses. v. Radowitz z. B. stimmte schließlich für die kleindeutsche Lösung der Reichsfrage, während die anderen Mitglieder des Clubs großdeutsch gestimmt waren. Mit der Nationalversammlung hat dann auch der katholische Club sein Ende erreicht, lebte aber gleich darauf im preussischen Landtag in der katholischen Fraktion in anderer Form wieder auf.  
Die Zeit der Nationalversammlung war eine Zeit großer Ideen, denen aber leider die Materialisierung verweigert blieb. Manches davon wird heute wieder aufleben. In der Frankfurter Sitzungsperiode ist soeben ein Buch erschienen „Der Geist der Paulskirche. Aus den Reden der Nationalversammlung 1848/49“ ausgedrückt und herausgegeben von Wolfgang Beget und Otto Ernst Sutler, das ein gutes Bild der geistigen Hygiene der Versammlung gibt und viele der Abgeordneten auch im Bilde vorführt. Dem Buch ist auch obige Stelle von der Rede Seyd entnommen. Im Anhang befindet sich ein Verzeichnis mit Lebensdaten der angeführten Redner, wobei wir uns wunderten, daß Männer wie Fuß als „ultramontane“ Politiker bezeichnet werden, was bekanntlich eine beleidigende Bezeichnung darstellt, wenn sie auch hier nicht so gemeint ist.  
Gute finden, wie schon berichtet, in Frankfurt eine Reihe von Gedenkfeiern statt, in denen die 1. Deutsche Nationalversammlung wieder auflebt.

## Regierung und Reichstag.

Von unserem parlamentarischen Vertreter in Reichstag wird uns geschrieben:  
In Gegenwart des Reichstages wie des Reichsausschusses nahm der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor der Pünktigkeit die dritte Lesung des Etats vor. Man hatte sich vielen Orts aus diesem Anlaß eine Erklärung der Reichsregierung zu der neuen, durch die Antworten der Entente auf die deutsche Aktion geschaffenen Lage versprochen. Der Reichskanzler und der Reichsausschuss hatten schon zuvor die Führer der Sozialdemokraten und darauf die Führer der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft empfangen und über die Lage eine Aussprache herbeigeführt. Doch haben sich diese Erörterungen weniger auf sachliche als auf formelle Fragen, vor allem also diejenige der Stellung der Reichsregierung im Reichstag, bezogen. Sehr unbedeutend sind die Sozialdemokraten von dieser Sitzung fortgegangen, aber auch bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft herrschte starkes Mißbehagen über die Behandlung dieser Dinge. Die bürgerlichen Parteien kamen aber dahin überein, in der Vollstreckung keine weiteren Ausführungen zu machen. Die Sozialdemokraten wollten aber auf Ausführungen nicht verzichten, die der Abg. Müller-Frankens machte. Er unterstrich den Ernst der Lage, bekannte sich aber für die Sozialdemokraten zur Fortführung des passiven Widerstandes, über den es ja auch bei den übrigen Parteien keinen Meinungsunterschied gibt, ferner dazu, daß keine Kapitalisation in Frage käme und daß das Ziel der Verhandlungen die Klärung sein müsse. Die Deutschnationalen schickten darauf ebenfalls einen eigenen Sprecher vor, der die Ausführungen der Sozialdemokraten angriff. Der Abgeordnete Bergt erklärte für die Deutschnationalen, daß sie zum letzten Opfer bereit seien für eine Endlösung, aber nur für eine solche, die uns das Leben lasse. Er kündigte der Regierung entschiedenste Opposition an, falls sie in ihrem Widerstande nachlasse.  
Unter größter Spannung des Hauses ergriff der Minister v. Rosenbergs das Wort. Er erklärte aber nur, daß er nichts erklären könne. Die kurzen Ausführungen schufen, was nicht zu verkennen ist, eine eiskalte Atmosphäre und an ihrem Schluß wurde der großen Enttäuschung nicht nur auf Seiten der Linken, Ausdruck gegeben. Allerdings muß man der Regierung zugeben, daß im jetzigen Augenblick eine Erklärung vom Regierungstisch noch nicht möglich ist, aber die Formulierung, die der Reichsausschussminister dafür gab, war leider sehr ungeschickt und auch ganz und gar unpsychologisch. Hier sind wieder einmal Fehlerquellen zu erkennen, die uns nicht zuletzt dahin gebracht haben, wo wir heute stehen.  
Die Reichsregierung hat inzwischen an die englische Regierung eine Mitteilung gerichtet, und sie hat in einem Schritt, der durch den Londoner deutschen Botschafter unternommen worden ist, die englische Regierung auf offensbare Mißverständnisse hingewiesen, die sich in der englischen Note hinsichtlich der deutschen Vorschläge zeigen.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns aus Berlin u. a. mitgeteilt:  
Kein Zweifel: In den Parteien äart es. Sie haben den berechtigten Wunsch, bei der kommenden Gestaltung der Dinge nicht in der gleichen Weise ausgeschaltet zu werden, wie das bisher der Fall war. In der Tat hat sich das jetzige System nicht bewährt. Die mangelnde Verbindung zwischen Parlament und Regierung hat verhängnisvolle Folgen gehabt. Die Parteien als die Vertreter des Volkes müssen nun eine stärkere Aktivität entwickeln, und es kann heute schon gesagt werden, daß die Reichsregierung bei ihren weiteren Schritten das Parlament in höherem Maße herbeiziehen wird, als bisher, aber noch etwas anderes ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Es muß endlich einmal ernst gemacht werden mit den Garantien und ihrer Ausgestaltung und Verbilligung. Mit dem Prinzip der Freiwilligkeit können wir nicht vorwärts. Der Egoismus ist noch allemal der Sieger geblieben. Und wo es um Sonderinteressen geht, da scheuen bestimmte Gruppen, wie das Ergebnis der Dollar-Anleihe deutlich zeigt, auch nicht davor zurück aus der Not von Land und Volk Kapitalien zu schlagen. Die Regierung muß jetzt einsehen, daß sie mit den bisherigen Methoden nicht durchkommt. Wir werden die Frage der Garantien auf ganz anderer Basis in Angriff nehmen müssen, als das bisher der Fall war. Nicht mehr Freiwilligkeit, sondern Zwang und zwar in Form künftiger gesetzlicher Vorschriften und Maßnahmen werden uns in diesen Dingen weiter bringen können. Das erfordert die politischen Notwendigkeiten noch innen wie nach außen. Es ist doch sehr bezeichnend, daß ein Mann, wie Stresemann gegenwärtig sehr stark die Notwendigkeiten größter Opfer der deutschen Wirtschaftskrise zum Zwecke der Erringung der deutschen Freiheit betont, und der vor allem den Zugriff auf die Substanzen und Sachwerte betont, in einem Teil der Reichsregierung als „weiter Erzberger“ bezeichnet wird und daß man in der schärfsten Form gegen ihn vorgeht.  
Wie wir hören, hat die Reichsregierung Beratungen aufgenommen, mit dem Ziel, den gesamten Devisen-Freiverkehr an der Wäre einzuschränken. Die Vertreter der Banken haben der Reichsregierung jedoch ihre schweren Bedenken für einen solchen Schritt zum Vortrage gebracht.

## Vor einer neuen deutschen Note.

Berlin, 17. Mai. In der Montagsitzung des Reichskabinetts wurde der Entschluß gefaßt, auf die in der letzten Note der englischen Regierung ergangenen Anregung hin, ein erweitertes und in den einzelnen Teilen weiter ausgearbeitetes Angebot an die Regierungen der Alliierten zu richten. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß die Absendung der neuen Note vielleicht schon nächsten Samstag oder anfangs der folgenden Woche erfolgen kann. Das Kabinett Cuno wird auch diese neue Aktion durchführen ohne irgend welche Personalveränderungen in seiner Mitte eintreten zu lassen.  
Regierungsbefehle in Berlin. — Vorerst keine neue Aktion.  
Berlin, 18. Mai. Nach einer amtlichen Mitteilung hat die erste Zusammenkunft der Reichsminister nach dem Eingange der beiden Antwortschriften auf die deutsche Note vom 2. Mai am Dienstag stattgefunden und diente einer unverbindlichen Besprechung, die zu endgültigen Beschlüssen selbstverständlich nicht führen konnte. Die Besprechungen gehen weiter. Auch nach dem jetzigen Stand ist eine neue Aktion der Reichsregierung für die nächsten Tage nicht zu erwarten. Es bedarf nicht besonderer Betonung, daß die Entente einen sorgfältigen Behandlung erbeiden, die ebenso von unmissigen Weiterstufen wie von Ueberstürzung freigehalten werden muß.

## Loucheur über Reparation und Sicherheit.

Paris, 17. Mai. Der ehemalige Minister Loucheur äußerte sich gestern abend in einer öffentlichen Rede in Vincennes in einer von dem republikanischen Komitee einberufenen Versammlung über die wirtschaftliche Lage Frankreichs. Er sprach von dem verfallenen Betrag und seiner Ausfüllung. Er sagte u. a.:  
Wir konnten in den Vertrag eine Reparationsgitter nicht einschreiben lassen. Sie mußte begrenzt bleiben durch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Wenn man wollte, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen, hätte man ihm die Weltmärkte offen halten müssen. Aber Deutschland ist durch seine Inflationspolitik fast ruiniert. Es hat dadurch der Welt bezeugen wollen, daß es nicht zahlen kann. Seit einem Jahr führt es fast nichts mehr aus. Trotzdem aber will Frankreich bezahlt sein. Als die Weltbeziehung vollzogen wurde, war ich kein Anhänger dieser Aktion. Ich habe wohl gedacht, daß man zu Zwangsmaßnahmen kommen müsse, aber ich habe sie im Einklang mit allen Alliierten gewünscht. Die Deutschen hegten die Hoffnung, daß die Welt den Einmarsch nicht billigen werde. Deutschland hat auch geglaubt, daß sich Weltmarktüberheblichkeit zwischen den Franzosen, die Anhänger der Ruhrbesetzung waren, und denen, die Gegner der Besetzung sind, ergeben würden. Deutschland muß sich für besetzt erklären; denn Frankreich ist entschlossen, bis zum bitteren Ende zu gehen. Nicht ein Franzose, der dieses Namens würdig ist, kann die Klärung des Ruhrgebietes vor der Anerkennung der Rechte Frankreichs

billigen. Jemand muß eingreifen, um es Deutschland zu ermöglichen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist nur möglich durch eine internationale Anleihe. Amerika, das reifer bleibt, macht eine ernste Krisis durch. Das Geld ist ein Bedürfnis, aber nur unter der Bedingung, daß man sich seiner bedient. Für Amerika gibt es nur ein einziges Mittel: sein Geld zu verleihen. Loucheur erinnerte dann noch daran, daß die von Frankreich verlangte Summe vernünftig sei. Jeder Gedanke der Annexion des Ruhrgebietes liege Frankreich fern. Die Besetzung dieses Gebietes sei kein Zweck, sondern ein Mittel; denn wenn die Besetzung bis jetzt kein Erfolg auch kein Ergebnis habe, so fahre sie doch die feste Entschlossenheit Frankreichs gegen, bezahlt zu werden. Die Besetzung dürfe nur in dem Maße aufgegeben werden, in dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Eine internationale Anleihe könne Deutschland die Möglichkeit zum Produzieren und Exportieren gewähren, damit es in den Stand gesetzt würde, die Reparationen zu bezahlen. Schließend sprach Loucheur noch von der Sicherheit Frankreichs. Da der amerikanisch-englische Rest nicht zulaufende gekommen sei, müßten Maßnahmen auf dem linken Rheinufer getroffen werden. Keine Annexion! Damit würde man den Forderungen Bismarcks wieder begehen, der Elb-Vertrag anerkennen hätte. Ein besonderes Statut für die Rheinprovinz sei aber notwendig. Man müsse sie der Herrschaft Preußens entziehen, denn Preußen bedeute den Krieg. Außerdem müßte eine internationale Organisation zur Kontrolle der Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer geschaffen werden. Frankreich wolle nur sein Recht, aber es wolle auch den Frieden gewinnen.

## Die Tribüne für Poincaré neueste Gewaltsmaßnahmen.

Paris, 16. Mai. (Pres. Ag.) Die Besetzung der bedeutendsten chemischen Fabriken Deutschlands wird hier mit der Einstellung der Produktion in Anhang 6 zu Teil VIII des Friedensvertrages aufgelegt. Zwangslieferungen von chemischen Produkten, Farbstoffen und pharmazeutischen Erzeugnissen begründet nach Mitteilungen aus dem besetzten Gebiet folge die Franzosen und Belgier tatsächlich bereits 20000 Tonnen Farbstoffe und andere chemische Produkte beschlagnahmt haben. Bei der Besetzung der Badischen Anilinwerke dürfte es den Franzosen in erster Linie um die Erlangung großer Mengen Stickstoff zu tun gewesen sein; denn trotz des „Erwerbs“ der bayerischen Patente und deren Ausnutzung in den ehemaligen Pulverfabriken von Ludw. bleibt die französische Produktion weit hinter dem Bedarf zurück, weshalb die französische Regierung auf Erträgen der Landwirtschaft bereits vor Monaten den Bedarf an Stickstoff von 200000 Tonnen Stickstoff auf Reparationskonto angefordert hat.  
Der tiefere Grund dieser Operationen, genau wie der der neuen Erweiterung der Besatzungszone auf bisher unbesetzte Orte und Stadtteile wie in Mannheim, Karlsruhe und neuerdings in Limburg dürfte jedoch darin zu suchen sein, daß Herr Poincaré, der sich morgen in der Finanzkommission der Kammer über die Inflation und ihre Ergebnisse äußern wird, offenbar das Bedürfnis empfindet, den mit der bisherigen Inflation verbundenen Operationen im höchsten Grade unzufriedenen Nationalisten mit neuen positiven Erfolgen aufwarten zu können.

## Zur Besetzung der Anilinwerke.

Mannheim, 17. Mai. Im Ludwigshafener wie im Oppauener der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind die lebenswichtigen Abteilungen (Gas, Elektrizität, Strom und Wasser) noch im Betrieb. Nach der gestrigen Angelegenheitsaufhebung fand eine Arbeiterversammlung statt, in der über die Lage Bericht erstattet wurde. Weiter beschäftigte sich eine von Betriebs- und Arbeiterrat einberufene Versammlung mit der Regelung und Auszahlung der am 15. Mai fälligen Gehälter. Es sind zum Zwecke der Auszahlung 14 Zahlstellen in der Wandelhalle des Rosengartens eingerichtet worden, an denen die Beamten und Angestellten heute ihr Gehalt in Empfang nehmen können. Diese Regelung kommt nur für die Angestellten des Ludwigshafener Betriebes in Frage, da im Oppauener Werk gearbeitet wird.  
Gestern wurde ein Zug von den Franzosen in die Fabrik geschoben, der offenbar dazu dienen soll, die beschlagnahmten Waren abzuführen. Die Klärung des Eisenbahnbetriebs vollzog sich ohne Zwischenfall. Da die betrieblichen Angelegenheiten mit ihren Wädeln in Schulen untergebracht werden mußten, ist nun überall kurzzeitiger Wechselunterricht eingeführt worden. Gestern abend wurden viele französische Rekruten, die angekommen waren, durch die Stadt.

## Verhaftung eines katholischen Geistlichen.

Buer, 16. Mai. Die Belgier hatten am Sonntag an die katholische Geistlichkeit von Buer die Aufforderung gerichtet, den 11 Uhr-Gottesdienst ausfallen zu lassen, um die Kirche für diese Zeit für die belgischen Soldaten zu reservieren. Da aber der 11 Uhr-Gottesdienst die Hauptmesse für die Landbevölkerung ist, hatte die Geistlichkeit das Ansuchen abgelehnt. Daraufhin wurde heute vormittag der katholische Geistliche Etroy von den Belgiern verhaftet.

## Innere Politik.

### Verhandlungen über ein Devisenhandelsmonopol.

Berlin, 18. Mai. Wie die Deutsche Allgem. Ztg. berichtet, sind die im Reichswirtschaftsministerium mit Sachverständigen dieser Tage geführten Verhandlungen, welche u. a. die Schaffung eines Devisenhandelsmonopols zum Gegenstand hatten, als Ergebnis abgebrochen worden. Ob demnach die Besprechungen wieder aufgenommen werden, steht vorläufig noch dahin.

112  
die Karlsruher  
über die Bände  
Berliner der in  
tionen und sonstigen  
in den großen  
Direktor Laeger  
berantaltet wird, soll  
eine händige Ein-  
anlass ablegen, daß in  
er Hilfe und nach-  
auf geistigem, künst-  
lichem Gebiet Ver-  
ständnissen, Verles-  
zungen oder neu zu  
über der Stadt haben die  
gewirkt. Auch an-  
gen (Spezial- und ge-  
schänkung gegenüber  
arischer Dienstver-  
schaft sein: Kunst-  
schaft Ein Auf-  
Organisationen soll  
zu h. gebildet werden,  
reend und fördernd  
offt. Bei der großen  
Veranstaltung, wie-  
nden. Die Besch-  
ember beginnen  
technische Woche  
den Sachverhalt, des  
n. Bezirksvereine des  
Damit sollen die  
Bürge für ehemalige  
eller Werke und die  
ng verbunden werden,  
wird eine Land-  
mit Hilfe der Land-  
uns und der Land-  
ranstalt wird und  
abat- und Maßnahmen  
die Herr Reichs-  
lung an der Herr-  
antst. Betrieben, das  
boransichtlich mit  
tionen. Die Mit-  
stelle Herr Reichs-  
18. Juni in dem  
ere Majid und Ge-  
die Reichs-  
dem Gebiet mit der  
en einen Stand-  
en der hohen Rollen  
erwerb be-  
a bereit sein. Die  
a Schauen her-  
u. Ministerielle  
Tag ist wieder in  
für die Karlsruhe-  
die Herr-  
ar Barinung. Ant-  
lehret Stark, Director  
ektor Dr. Müller.

1. Mai.  
einkäufe in  
the W. Hel-  
s. r. 36. 1. Tr.  
welle Bestellung.  
Haus  
en  
Karlsruhe  
straße 95  
Herren-  
leidung  
Beachtet  
ein  
wird  
quell-  
außer  
ber. 23  
Birkung.



**Keine Posttarifierhöhung vor 1. Juli.**  
 Berlin, 18. Mai. Auf Anfrage an zuständige Stelle wird erklärt, daß mit einer Erhöhung der Postgebühren vor dem 1. Juli nicht zu rechnen ist. Die Reichspostverwaltung hat die Erfahrung gemacht, daß die verhältnismäßig niedrigen Gebühren eine Belebung des Postverkehrs zur Folge gehabt haben.

**Zunächst keine Erhöhung der Biersteuer.**  
 Berlin, 16. Mai. In der zweiten Lesung des Biersteuergesetzes im Ausschuss des Reichstages konnte sich der Ausschuss zu einer Milderung seines Beschlusses der ersten Lesung nicht entschließen, da das Gesetz erst nach Klärung der Nährfrage in Kraft treten soll und die wirtschaftliche Lage sich bis dahin geändert haben kann, daß ein jetzt gefasster Beschluß doch gegenstandslos wäre. Die Biersteuer soll dann gemeinsam mit den übrigen Verbrauchssteuern geregelt werden.

**Ausland.**

**England und Rußland.**

**Aus der englischen Unterhausdebatte.**

In der Sitzung des englischen Unterhauses am 15. Mai sagte Lloyd George u. a. aus, es sei sehr klug, die englisch-russische Streitfrage ruhig zu behandeln. Was die Frage der russischen Propaganda betreffe, so habe Rußland bis zum Jahre 1904 große Summen für seinen Geheimdienst ausgegeben, um eine Propaganda im Osten gegen britische Interessen durchzuführen. Man rede von einer revolutionären und einer zaristischen Regierung, es beständen in Rußland keine grundlegenden Unterschiede zwischen dem Zarenismus und dem Bolschewismus. Zarscherin sei auch kein Revolutionär im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Unter Heterkeit des Hauses erklärte Lloyd George, Zarscherin sei ein ebenso großer Aristokrat wie Curzon. Der größte Teil der russischen Beamten hätte seine Ausbildung unter dem früheren Regime genossen, und der Russe komme zum Vorschein, allmählich werde sich der Bolschewismus wieder zum russischen Imperialismus entwickeln. Die Russen machten Propaganda im Namen des Friedens und der Brüderlichkeit, jetzt sehe man dem alten Rußland gegenüber, vor dem er sich immer gefürchtet habe. Man dürfe jedoch keinen Fehler begehen und glauben, es sei Bolschewismus.

Lloyd George hat die Regierung, daß sie diesen Augen Schritt unternommen habe, vollen Ruhm daraus zu ziehen. Er wies auf die augenblicklich sehr ernste Lage der Welt hin, in der man keine Streichhölzer fallen lassen dürfe. Seit 1914 hätten Millionen eine schlechte Nacht durchgemacht. Dieses Wort habe die größte Katastrophe der menschlichen Geschichte herbeigeführt. Er hoffe, dies werde nicht wieder geschehen. Wenn man den russischen Handelsvertreter wegjagen und alle Verbindungen mit Rußland abbrechen würde, so würde die dortige Revolution auf sich selbst zurückgeworfen werden und würde auf ihre frühesten Mittel zurückgreifen.

Aganich, der nach Lloyd George sprach, schloß sich nachdrücklich den Ausführungen des Vortreters an.

**Frankreich und die Türkei.**

Paris, 17. Mai. Aus Konstantinopel wird den französischen Blättern gemeldet:

Der stellvertretende französische Oberkommissar in Konstantinopel hatte eine Unterredung mit Adnan Bey, in der er namens seiner Regierung von der türkischen Erklärung Kenntnis nahm, daß keine Zusammenziehung türkischer Kruppen an der syrischen Grenze stattfinden. Zugleich legte er dem Vertreter von Annota an Hand von Tatsachen auseinander, daß Frankreich den Vertrag von Annota genau respektiert habe. Weiterhin erklärte der französische Vertreter, daß die französische Regierung die Türkei auf die Unterfertigung aufmerksam mache, die Frankreich in den Kaufmann Verhandlungen der türkischen Delegation aufteil werden ließ. Zum Schluß gab der französische Vertreter der Hoffnung Ausdruck, daß die türkische Regierung in besserer Erkenntnis ihrer Interessen als bisher auf jede Politik der Einschüchterung verzichten solle, und daß sie in den Kaufmann Verhandlungen den Wunsch nach Verständigung an den Tag legen werde, von dem die französische Regierung sich leiten ließ.

**Der Meister.**

19) Kommen eines Spiritisten von Franziska Oram.  
 „Mama...“ begann Hanna zögernd.  
 „Ach, Ihre liebe Mama hat ja immer gute Gesellschaft. Ich glaube, sie ist manchmal ganz froh, wenn Sie sie mit ihrem Thomas a Kempis oder ihren anderen Büchern allein lassen, die uns armen Welt-Findern viel zu hoch sind.“ Althe Deistermann blinnte ein wenig über zu Frau Kalle hinüber. „Seien Sie mir nicht böse, liebe Frau Kalle, es soll keine dumme Bemerkung sein. Manchmal scheint es mir, als seien Sie mit ihrem unzerstörbaren festen Glauben und Ihrer Zuversicht die einzige Person von uns allen, die nicht auf schwimmendem Sand mehr steht, während wir noch treiben... treiben, treiben, im Nebel und der Ungewißheit.“  
 „Warum treiben Sie denn mit, Frau Deistermann, wenn Sie das Gefühl der Gefahr haben?“  
 Frau Kalle sah dabei die Beluchterin nicht an, sondern blickte auf ihre eigenen blaffen Hände, die so viel von Seelentämpfen und vergangenen Reiden erzählten.  
 „Warum? Na, warum? Man ist hineingekommen, man weiß nicht recht wie. Jetzt steht man drin, man weiß nicht recht warum! Vielleicht weil man denkt, noch das Beste daraus machen zu wollen und zu können...“  
 Sie schüttelte sich ein wenig. „Ach, man darf es nicht zu ernsthaft nehmen“, fuhr sie dann mit gewollkammer Heiterkeit fort. „Ich denke immer wieder, es ist eine von Baulls Liebhabeereien, die er ja alle betreibt, als wenn es für die Ewigkeit sein sollte! Eines schönen Tages sind sie dann zum allgemeinen Erlöschen für immer erledigt. Und je mehr er sich damit beschäftigt, desto schneller wird dieser Zeitpunkt kommen. Und dazu muß man noch mit sich schon ein wenig durch ihre Gesellschaft als ruhiger

**Griechisch-türkische Spannung.**

Lausanne, 16. Mai. Die griechisch-türkischen Verhandlungen über die Reparationsfrage sind in eine kritische Phase eingetreten. Den Gerüchten über einen griechischen ultimativen Schritt bei der Türkei wird von griechischen Kreisen entschieden entgegengetreten; es steht jedoch fest, daß Venizelos gestern in einer Unterredung mit Ismed Pascha nachdrücklich die Reparationsleistungen als materiell unerfüllbar abgelehnt hat. Die Verhandlungen zwischen Griechen und Türken sind daher gestern eingestellt worden und sollen erst am Donnerstag oder Freitag wieder aufgenommen werden. Man glaubt, daß bis dahin Ismed Pascha Weisungen aus Ankara erhalten haben wird. In den heutigen Unterredungen der Griechen mit den Alliierten blieben jene bei ihrer Reparationsverweigerung. Die Alliierten schlugen darauf einen Schiedspruch des Völkerbundsrates oder des Ständigen Gerichtshofs vor.

Von anderer Seite werden die Meldungen, daß der Schritt Venizelos bei Ismed Pascha den Charakter der Einschüchterung gehabt habe, als irrig bezeichnet. Venizelos habe lediglich die moralische und finanzielle Unmöglichkeit Griechenlands, zu zahlen nachzuweisen versucht. Dieses Reparationsproblem wird vielleicht einem Schiedsgericht unterworfen werden.

**Badischer Landtag.**

Karlsruhe, 17. Mai 1923.

Der seit 4 Wochen wieder zum erstenmal zusammengetretene Landtag -- die Kommissionen haben allerdings während dieser Zeit unermüßlich gearbeitet -- fand eine reichhaltige Tagesordnung vor. Um 10 Uhr eröffnete Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung mit einem feierlichen Protest gegen die französischen Gewalttaten.

Seine Damen und Herren!  
 Seit unseiner letzten Tagung sind der Seite der Gewalttaten seitens der Teile unseres Vaterlandes befehl gehaltenen Franzosen neue schwere Glieder angefügt worden. Noch zittert im ganzen deutschen Volke die furchtbare Erregung und Empörung nach über die ohne jeden Rechtsgrund und ohne jede tatsächliche Provokation erfolgte Entziehung der 14 deutschen braven Arbeiter in Essen am Montag. Nun durchzog am 8. Mai die Schredensnachricht unser Land, daß statt Sühne und Vergeltung für die Bluttat in Essen den Hinterbliebenen und dem deutschen Volke zu geben, nicht die für die Missetat verantwortlichen Offiziere zur Rechenschaft gezogen wurden, sondern die Vorhingen und Direktoren und ein Betriebsratsmitglied der Kruppwerke ohne auch nur einen Schatten eines Rechts zu unerbittlichen Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt wurden. Und Tags darauf verhandelte das Mainzer französische Kriegsgericht in einem summarischen Verfahren gegen 17 deutsche Eisenbahnbeamte, Gemeindeführer und Angestellte des Deutschen Eisenbahnerverbandes und verurteilte auch diese zu langen Gefängnisstrafen, weil sie ihre Kollegen aufgefordert haben, den deutschen Gehehen zu gehorchen und ihrem Dienstort zu bleiben. Diese beiden Urteile haben nicht nur im ganzen deutschen Volke tiefe Empörung und Entrüstung ausgelöst, nein, weit über die neutralen Länder und Völker hinaus bis tief hinein in die Wälder der Staaten, die bis heute noch französischer Verbündete sind, geht die Erregung über solche Urteile, die Recht und Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen. Selbst eine französische Zeitung schreibt, daß sich das französische Volk solcher Urteile schämen müsse. Wann endlich, so rufen wir hinaus in alle Welt, wann endlich wird das französische Volk erkennen, daß eine solche aus Haß und Rachsucht geborene Politik zu einer Weltkatastrophe ein führen muß? Wie im besetzten Rhein- und Ruhrgebiet die grausame Ausweisungspolitik weitergetrieben wurde, so hat die französische Besatzungsbehörde auch in unserem badischen Lande weiterhin badische Beamte, Angestellte und Arbeiter von Heim und Herd vertreiben und sie mit Frau und Kindern ausgewiesen, wobei man ihnen kaum gestattet, auch nur die nötigsten Kleider und Bekleidung mitzunehmen. Unter diesen Opfern befindet sich auch unser Landtagskollege Abg. Witt mit seiner Frau und seinen Kindern. Diesen von dieser Gewalttat Betroffenen im badischen Lande am Rhein und an der Ruhr und ihren Angehörigen spricht auch der Badische Landtag sein innigstes Mitleid aus. Die Männer und Frauen, die ihrer Pflicht gehorchen, Eland und Not und Gefährdung ertragen, sollen uns und den kommenden Geschlechtern ein leuchtendes Vorbild deutscher Treue abgeben, zugleich aber auch eine Mahnung, daß wir ihnen Hoff-

achtung für diese vorbildliche Vaterlandsliebe und Pflichterfüllung durch opferbereite Tat beweisen wollen. Mit dem feierlichen Protest gegen diese Gewalttat gegenüber den Wehrlosen verbindet das badische Volk das Gebetswuns, daß es in seiner Treue und dem Glauben des Protestantismus gegen die Gewalttaten und zum Andenken ihres Mitleids mit den Opfern deutscher Pflichten Erfüllung von ihren Ethen erheben. Ich stelle das fest.

Während sich das ganze Haus spontan von den Ethen erhoben hatte, blieben bezeichnender Weise die Kommunisten sitzen.  
 Nun stellt Abg. Dr. Maier-Karlruhe eine besonders für die Kirchen im Lande Baden sehr wichtige Anfrage. Er fragt an, ob es wahr sei, daß der Finanzminister vom Reichsfinanzminister eine Zuschrift erhalten habe, in der nachgefragt wird, daß die Religionsgesellschaften ihr Budget selbst in Ordnung bringen sollen, da das Reich die Darlehen auf die Dauer nicht geben könne.

Im Namen der Regierung gibt Ministerialrat Kirchgänger die Auskunft, daß wohl ein derartiges Schreiben von Berlin gekommen sei und daß die Regierung gerade mit der Prüfung beschäftigt sei.  
 Der Präsident gibt eine Entschuldigend des Vertrauensmännerauschusses bekannt, wonach der Präsident ermächtigt wird, den Plenarsitzungsaal an Korporationen, politische Parteien, sonstige Vereinigungen zu vergeben unter Anrechnung der Besuchs-, Heizungs- und Reinigungsstellen.

Kultusminister Sellpach überreicht mit einigen Ausführungen die Denkschrift zum Volksschul-Erweiterungsgesetz. Der große Umfang der Denkschrift und die lange Dauer ihrer Herleitung sind nur auf sachliche Gründe zurückzuführen. Seit den letzten großen Schulreformversuchen ist eine Fülle materieller Schwierigkeiten hervorgetreten durch die finanzielle Situation des Reiches, Staates und Gemeinde. Die Unterrichtsverwaltung will nicht einen konzentrierten Gehebesvorstoß vorlegen, sondern mehrere Wege aufzeigen, die jeweils in ihrer materiellen und idealen Auswirkung verschieden sind. Eine Berücksichtigung ist damit keineswegs beabsichtigt. Unter der Bezeichnung des Hauses erklärt der Minister, daß er nicht zu denen gehöre, die auf das Diktatorische schwören.

Auf Antrag Dr. Schöfer wird die Denkschrift gedruckt und dem Hause vorgelegt.

Der Abg. Marx (Soz.) berichtet über den Gesetzentwurf der Eisenbahnschuldentilgungstafel. Der Entwurf wird einstimmig genehmigt.  
 Abg. Marx (Soz.) berichtet weiter über das Gesetz über die Main-Donauwasserstraße.  
 Von der Tagesordnung wird die Frage des Beamtenurlaubs abgelehnt, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Ebenso wird abgelehnt der Antrag Martin (Ztr.) wegen der Elektrizitätspreise des Badenwerks, da die Unterlagen für die Kommissionsverhandlungen noch nicht alle beschafft werden konnten.

Abg. Marx (Soz.) berichtet über den Antrag Rieger (Ztr.), der eine Verlängerung der Fristen des Selbstverwertungsrechtes beabsichtigt. Besonders soll die Frist für die Abgabe der Vermögensverzeihung vom 30. April auf 31. Mai hinausgeschoben werden. Dasselbe gilt für die Zwangsantleihe.

Bei der Abstimmung wird der zweite Teil des Antrags des Abg. Rieger (Ztr.) mit Mehrheit angenommen. Er besagt, daß die Frist für die auf Grund des Art. I § 4 des Gesetzes nach dem 30. April zu zahlenden Erhöhungen der Zwangsantleihe auf 1. Juni d. J. verlegt werden.

Aus Anlaß des Todes der Großherzogin Luise ließ der damalige Landtagspräsident Willeman im Namen des Landtags ein von den weitesten Kreisen des badischen Volkes begünstigtes Beileidstelegramm an den früheren Großherzog abgehen. Das sollte dem Kommissar des Reiches, dieses verlan, daß alle Kundgebungen des Präsidenten dem Landtag vorgelegt werden müssen.

Der Geschäftsordnungsausschuß lehnte diesen Antrag ab und beschloß, daß bei künftigen Kundgebungen der Präsident sich mit den Vertrauensmännern der den Fraktionsvorsitzenden in Verbindung setzen solle. In langatmigen Ausführungen begründet Abg. Vock (Komm.) seinen Antrag. Er wolle mit diesem Antrag nur die Republik und ihre Würde geschützt haben. Angeht der Vorkänge im preussischen Abgeordnetenhaus kann man diese Vorkänge nur mit einem etwas zweifelsachen Sachvernehmen. Eine Vorlesung für die Kommissionen des preussischen Landtags über Würde usw. wäre viel zweckmäßiger gewesen.

Der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses wird gegen die kommunistische Stimme angenommen.  
 Es kommt die 2. Lesung des Jagdsteuergesetzes. Bei 8 Uhr wird der Finanzminister um Wiederherstellung der Besatzung, daß dem Staat der Gesamtertrag der Steuer verbleiben solle. Eine Teilung der Steuern mit den Gemeinden würde eine gewaltige Verteilung der Steuern bringen. Eine Hilfe kann den

Gemeinden nicht durch die Beteiligung an der Jagdsteuer, sondern nur durch die endgültige Verabschiedung der Novelle zum Landessteuergesetz im Reichstag werden.

Der Finanzminister entrollt nun ein trübes Bild der Finanznot des Staates. Im Finanzgesetz vom 23. März war ein Defizit von 8 Milliarden vorgesehen, das Defizit besteht. Dem Lande Baden werden von Ende März bis Juni 1923 an Sonderzulagen, Steuerungsbezüge Kosten von 3,4 Milliarden entstehen, die nicht gedeckt sind. Dazu kommt die ungeheure Belastung des Sozialhaushalts. Zur Kostenbeschaffung für die Staatsanwaltschaften müßten in zwei Monaten 24 Milliarden aufgebracht werden. Die Kosten für Bauunterhaltung sind seit 1. April um 1 Milliarde überhöht worden. Die Beiträge für Wohnungsbauten sind um mehrere Milliarden gestiegen, da die Bauten für eine Wohnung von 6 auf 10 Millionen gestiegen sind. Dazu kommen noch die Anforderungen für Arbeitslosenversicherung. Dabei sind die Einnahmen des Staates zurückgegangen, z. B. bei den Salinen. Auch die Forderungen sind nicht erreicht worden. Das Reich hat den Ländern gegenüber ein anderes Verhalten an den Tag gelegt. Es erklärte, es sei nicht in der Lage, weitere Darlehen zu geben. Wir haben für die Kirchen 2,7 Milliarden angefordert und nur 1 Milliarde erhalten. Die Situation ist schwebend, weil stilles Geld kaum aufzutreiben ist. Der Staat muß deshalb alle Quellen aufzuklären anstrengen. Das Haus ist bei Bewilligung von Ausgaben immer einig, es möge auch einig sein, wenn die Regierung den mühseligen Weg der Schaffung von Einnahmen beschreitet.

Abg. Dr. Ku (Landb.) tritt für seinen Antrag ein, während Abg. Weismann (Soz.) den ganzen Vortrag beim Staat erhalten wissen will.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) verlangt, daß der Minister zu guten alten Traditionen (Zurück) dem Reich die Bewilligung von Ausgaben. Die Erhaltung einer gelunden Finanzwirtschaft im Staate ist für die Gemeinde geradezu lebenswichtig. Die großen Anforderungen, die in der jetzigen Not an den Staat gestellt werden, verlangen Verzichtsbildung und deshalb sind auch dem Staate Mittel notwendig.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) ist für den § 9 in der jetzigen Fassung; ebenso der Abg. Vock (Komm.). Der Finanzminister tritt nochmals energisch für die Herstellung der Regierungsvorlage ein. Bei der Abstimmung über § 9 wird die Regierungsvorlage mit Mehrheit wieder beseitigt, daß die Gemeinden an der Steuer nicht partizipieren sollen. Das ganze Gesetz wird in 2. Lesung angenommen.

Ueber den Gesetzentwurf zur Verringerung des Forststrafrechtes und Forststrafverfahrens berichtet Abg. Dr. Hanemann (Dnt.). Nachdem Abg. Vock (Komm.) gesprochen, begründete Abg. Kullmann (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, der dahingehet, daß in besonderen Fällen, besonders in Fällen von Gefährdung abgesehen werden soll.

Der Justizminister erhebt seine Einwände gegen den Antrag Kullmann, da dieser Antrag einen neuen Gedanken enthalte, wie er sich schon im Jugendgerichtsgesetz vorfinde. Das befinde aber auch, daß der Antrag Rieger (Ztr.), der die Kosten dafür geregelt wissen will, daß der Angeklagte, wenn er auch freigesprochen ist, die Kosten bezahlen muß.

Abg. Rieger (Ztr.) stimmt dem Antrag Kullmann nicht zu, da er der Tendenz des Forststrafrechtes widerspreche. Eine ganze Anzahl vom Forststrafrecht überredet dafür stimmen.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) wendet sich gegen den Zusatzantrag Rieger, da derjenige, der in der Not handele, auch nicht in der Lage sei, irgend etwas zu bezahlen. Dem widerspreche sowohl der Abg. Rieger (Ztr.) als auch der Justizminister mit der Motivierung, daß in kurzer Zeit die Vermögenslage eines Menschen sich grundlegend geändert haben könnte.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen, der Antrag Rieger abgelehnt, das gesamte Gesetz in 1. und 2. Lesung angenommen.

**Gaushaltsauschuß.**

Zunächst wird von Abg. Marx Bericht erhalten über den Gesetzentwurf über die Eisenbahnschuldentilgungstafel. Bei der Übertragung des gesamten Eisenbahnunternehmens in das Eigentum des Reiches und der Übernahme der gesamten Schulden und fundierten badischen Eisenbahnschulden durch das Reich ist die Beibehaltung der Eisenbahnschuldentilgungstafel eigentlich entbehrlich geworden. Die Schulden werden aber weiter vom Lande Baden für das Reich im Auftrag des Reiches verwaltet. Die übrigen Mittel und Passiva der bisherigen Eisenbahnschuldentilgungstafel werden künftig von der Amortisationskasse übernommen. Die Rechnungsprü-

natürlich nicht wagen, darin ist ihr Vater unerbittlich. Aber sonst... sie beweist sogar ihm, daß die Geister indische Mysterien an Wänden und Lampen vorziehen und so weiter... Na, das ist eine Welt, verehrte Frau Kalle! Sagen wir uns davon etwas träumen lassen!"

Sie huschte schnell über den Mund. Nennst du Einnageltriller prallte sie mit Lohle zusammen, die ungeduldet ihrer verächtlichen Beschäftigungen Zeit gefunden hatte, um den Briefkasten nach etwaigen Dingen zu unteruchen, die nicht für die Augen anderer bestimmt waren. Sie verschwand dann lachend.

Herr Deistermann hatte sich in seiner sonst ziemlich unbenutzten Stube auf das Ruhelager begeben, um sich bis zum letzten Augenblick zu sammeln und einzustimmen. Zu seinem Verger hatte Lotte zwar auch hier gewirkt und auf dem einfachen Schreibtisch wie auf den Wandrettern allerhand Anordnungen getroffen, die das Ganze etwas verlockender machten.

Er mußte deshalb das Licht löschen, um ganz ungehört seine Seherblicke nach irgend etwas Gleichgültigem. Bekanntem zu richten, wie es etwa der matte Lichtstrahl war, der von der Strahlenbeleuchtung her durch die Wägen der bunten Vorhänge fiel. Endlich hatte er nur mehr bunte Kreise vor seinen Wägen, und gar nichts mehr drana von den Geräuschen der äußeren Welt an seine Ohren. Das war seiner Ansicht nach der beste Zustand zur Vorbereitung auf eine Sitzung. Manchmal glaubte er dann die medialen Kräfte förmlich durch seinen Körper rieseln zu fühlen. Es war ihm, als könne er mit diesem zum Leben und Tode angedammten Willen alles vermögen, was er nur vorhatte. Er hätte sich geistig zu bekennen, was er heimlich alles versuchte, um in diesem halben Wahnsinn Bestätigung seiner offenkundigen Fähigkeiten zu erringen, wie

oft er wieder und wieder an die Worte des Nebelreichen Klopke, ohnmächtig rüttelte.  
 Heute aber spürte er etwas wie eine fremde Erwartung, so wie ein Kind vor dem verschlossenen Weihnachtszimmer... Der Weihnachtsabend, er machte sich ja eigentlich aus Frau Wieleke persönlich gar nichts. Erst hatte er sie für eine Null gehalten, für eine der ziemlich unbedeutenden Frauen, wie sie zu Hunderten herumliefen, die sich gut anziehen, ihren Haushalt samt ihrem Mann frumm an der kurzen Leine haben, ohne daß man so recht weiß, wieso, und die er deshalb auch nur beachtet, wenn das letztere ihm irgendwie bemerkbar für ihn machte. Dann fand er sie sogar unangenehm.

Es war wirklich noch mit ziemlich gemischten Gefühlen gewesen, als er hörte, Herr Wieleke glaube, ja er hoffe, er wage es zwar ohne Deistermann noch nicht ganz bestimmt zu fragen: daß seine Frau sich um Medium zu entwickeln beginne! Jetzt aber schien es ihm, als wenn aus diesen Fähigkeiten eine ganz neue Zukunft für ihn herauszufragen verpöchte, eine Zukunft, bei der die Persönlichkeit selber nur als das Bergende und Vermittelnde Gefäß in Betracht komme.

In diesem Augenblick gefand er sich offenbar als sonst ein, daß alle die Verhude mit bezüglichen Medien wirklich etwas Zweifelhaftes an sich hatten. Die Ergebnisse konnten nicht die ganz scharfe Klarheit betragen, die er in immer wachsendem Maße von seinen Anhängern dafür gefordert hatte, so daß er Meinungsverschiedenheiten bisweilen nur unterdrücken konnte, indem er die Betroffenen vor die Wahl stellte, die Dinge so anzuerkennen, wie er sie sehen wollte, oder ihn als bewußten oder betrogenen Betrüger anzusehen.

(Fortsetzung folgt.)

fung verbleibt den... Der Geset...  
 Der Antrag...  
 Fristen des...  
 verlangt, daß die...  
 Regierung dahin...  
 schätze zu den...  
 abgaben und die...  
 1. Juni verläßt...  
 durch erledigt, daß...  
 daß für Nachzah...  
 am 31. Mai die...  
 erledien werden...  
 Der Antrag...  
 namentlich bezüg...  
 Bon Zentrum...  
 daß die Ende...  
 von keinem Man...  
 Sozialblätter hal...  
 sich verurteilt die...  
 als eine beachtli...  
 hingehalten, die...  
 rückgefallen hätt...  
 behandelt und w...  
 ausgedehnt wor...  
 manchem Haus...  
 Reumrubigung...  
 er werde nächst...  
 zur Vereinfachun...  
 gehend für eine...  
 trumsantrag wur...  
 neuen Mitglieder...  
 erklärt und in se...  
 1. Juni -- mit...  
 Entlassung ange...  
 Die darauf...  
 frage der badisch...  
 derer Stelle wie...  
 spann sich über...  
 hard (Abg.), die...  
 einen Redner des...  
 Unterfchied der...  
 denn, die Wirt...  
 geringem Strom...  
 häußerlichen Krei...  
 den Strompreis...  
 beizuminsten hat...  
 andringenden Mo...  
 Das Programm...  
 sollen unterhalten...  
 fünf bestehen für...  
 privatrechtlich...  
 übrigen habe er...  
 mielen eingerechn...  
 den Kleinan...  
 Was im Sommer...  
 Winter aufgerech...  
 allen gegen zwei

**Die N...**

Unter dieser...  
 gung, das...  
 die wieder dem...  
 um den Hellen...  
 28. April...  
 Zimmer wieder...  
 ersten Anstellung...  
 nahmen gemacht...  
 auf professionelle...  
 lassungsalter. In...  
 Offenburg und...  
 demerbet, wädr...  
 fession noch w...  
 jüngerer Kandid...  
 Amillen. Sodann...  
 und zwar nur ka...  
 bert oder gugel...  
 das ganze Land...  
 daß die letzten...  
 Reinehmerinnen...  
 offen, ob etwa...  
 woge dem frucht...  
 solle. Auch der...  
 Stellen zur Aus...  
 Einflusses von...  
 gen sollen, tritt...  
 Der B. L. B...  
 Dingen auf den...  
 „Pläne“ sind...  
 gemietet ist keine...  
 aber mühten wir...  
 und Namen, dam...  
 Dazu wird ur...  
 Die erste Anf...  
 Kandidatinnen...  
 nach Dienstat...  
 Durchführung...  
 zu Parteien, als...  
 plene dabei zu...  
 dies beobachtet...  
 nach außen der...  
 soll. Nur in we...  
 treffenden Kreis...  
 wurde eine Aus...  
 fälligen Kandid...  
 für die Erheben...  
 der geringeren...  
 oder anderen...  
 Verwaltung haben

**Millionenver...**

London, 18. M...  
 Tod der Witwe...  
 friellen Dr. M...  
 Gemählten...  
 die nach Deut...  
 Die Universität...  
 Stellung, gegen...  
 Akademie der bild...  
 Fund, der Magi...  
 Fund. Eine An...  
 nach Deutschland...  
 ehemaligen itali...  
 Nationalgalerie



fung besteht dem Landständischen Ausschuss des Landtags. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Der Antrag Mager betr. Verlegung von Fristen des Geldentwertungsgesetzes, der verlangt, daß die Regierung alsbald bei der Reichsregierung dahin wirken soll, daß die Fristen für die Zuschüsse zu den auf 30. April d. J. zu leistenden Nachzahlungen und die Erhöhungen der Zwangsanleihe auf 1. Juni verlegt wird. Ein Teil des Antrags ist dadurch erledigt, daß der Reichsfinanzminister bestimmt hat, daß für Nachzahlungen der Einkommensteuer, die bis zum 31. Mai d. J. bewirkt werden, Strafzuschläge nicht erhoben werden mit Rücksicht auf die Übergangszeit. Der Antragsteller begründet seinen Antrag näher, namentlich bezüglich der Fristen für die Zwangsanleihe. Vom Zentrum wurde wiederholt und energisch betont, daß die Ende März erlassenen Richtlinien namentlich dem kleinen Mann und der Landbevölkerung, die nur die Soziallöhner halten, nicht bekannt sein können. Vergesslich verfuhr die Sozialdemokratie den Zentrumsantrag als eine beschämte Unterfütterung schlauer Kapitalisten hinzustellen, die ihre Steuern bis zur letzten Grenze zurückhalten wollten. Bäre der Zentrumsantrag j. Zt. behandelt und nicht mit Hilfe der Landbevölkerung hin- und hergeschoben werden, dann hätte seine Erledigung in manchem Haus, namentlich in ländlichen Bezirken große Reue erregt. Der Finanzminister erklärte, er werde nachstens der Reichsregierung Vorschläge machen zur Vereinfachung der Steuerberatung und weitergehend für eine gerechtere Steuerverteilung. Der Zentrumsantrag wurde in seinem ersten Teile als durch die neuen Richtlinien des Reichsfinanzministers erledigt erklärt und in seinem 2. Teil — Freiverlängerung bis 1. Juni — mit 10 Stimmen gegen 9 Stimmen, bei einer Enthaltung angenommen.

Die darauf folgende Beratung über die Umlauffrage der badischen Staatsbeamten wurde schon an anderer Stelle wiedergegeben. Eine lange Debatte entspann sich über die Anträge Martin (Ztr.) und Gehard (Ldb.), die Preise für elektrischen Strom betr. Von einem Neben der Zentrums wurde ausgeführt, daß der Unterschied der Rechnungen von einem Monat zum anderen, die Preise für Zähler, die Grundgebühren und bei geringem Stromverbrauch große Unzufriedenheit in häuslichen Kreisen erzeuge, daß es ferner ungerecht sei, den Strompreis nach der Kofle zu berechnen. Der Arbeitsschlichter habe es nicht leicht, den von allen Seiten anbringenden Klagen gerecht zu werden. Er führte aus: Das Märgwerk muß ausgebaut werden; die Leitungen sollen unterhalten werden; das Werk soll auch in Zukunft bestehen können, also sind die Preise nach der Art privatrechtlicher Unternehmungen zu berechnen. Im übrigen habe er begonnen, Grundgebühren und Zählermieten einzurechnen und einen neuen Tarif aufzustellen, den die Kleinrentner eine Erleichterung bringen solle. Was im Sommer zu wenig verbraucht werde, könne im Winter aufgerechnet werden. Die Anträge wurden mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Baden.

Die Not der Schulkandidaten.

Unter dieser Ueberschrift brachte die Bad. Schulzeitung, das Organ zur Bekämpfung der Lehrer, die wieder dem Bad. Lehrerbund angehören noch sich zu den Zielen des M. A. D. Lehrervereins bekennen, unterm 28. April folgende Auslassung: Zimmer wieder werden Fälle genannt, daß bei der ersten Anstellung von Schulkandidaten erhebliche Ausnahmen gemacht würden. Diese Ausnahmen bezögen sich auf konfessionelle Bevorzugung und solche nach dem Entlassungsalter. Insbesondere seien sog. Stillfrierinnen aus Offenburg und Freiburg usw. längst zum großen Teil verwendet, während gleichaltrige auch derselben Konfession noch waren. Auch Bevorzugungen erheblicher jüngerer Kandidaten und Kandidatinnen ereigneten sich. Sodann seien sogar junge Kandidatinnen und zwar nur katholische zur Teilnahme an Kursen zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrerinnen aufgeböhrt oder zugelassen worden. Ueberhaupt wird durch das ganze Land die Tatsache mit Empörung besprochen, daß die letzten dieser Kurse fast nur von katholischen Teilnehmerinnen besucht gewesen seien. Und man fragt offen, ob etwa die Fortbildungsschule auf diesem Umwege dem kirchlich-religiösen Einfluß unterstellt werden solle. Auch der Hinweis, daß auf diese Weise „gehobene“ Stellen zur Ausbildung eines konfessionell-segmentierten Einflusses von gewissen Kreisen dienbar gemacht werden sollen, tritt einem immer wieder entgegen. Der B. L. B. mag die Augen offen halten und den Dingen auf den Grund gehen. Wer die Ueberholer solcher „Pläne“ sind, muß doch erkannt werden können — so gemeint ist keine „Lafit“, alles das zu vermeiden. Dann aber müßten wir verlangen: Heraus mit den Tatsachen und Namen, damit man weiß, wofin die Meise geht.

Dazu wird uns von ausländischer Seite geschrieben: Die erste Anstellung der Schulkandidaten und Schulkandidatinnen erfolgt aufgrund von Listen, die genau nach Dienstalter und Leistungen aufgestellt sind. Die Durchsicht dieses Grundbuches führt vielfach insofern zu Härten, als die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen dabei zu wenig Berücksichtigung finden. Es ist dies bedauerlich, kann aber nicht geändert werden, wenn nach Außen der Eindruck der Billigkeit bewiesen werden soll. Auch in wenigen Fällen, in denen die Not der betreffenden Kandidatinnen eine besondere Berücksichtigung der in katholischen Anstalten ausgebildeten Kandidatinnen hat dabei nicht stattgefunden. Für die Punkte der Bewerberinnen ist das Verzeichnis der Bewerberinnen bestimmt. Ein Abweichen von dieser Norm ist schon in Rücksicht auf die Verteilung der Stellen in Bezug auf die erste Verwendung im Schuldienst für die katholischen Kandidaten und Kandidatinnen günstiger, so war dafür andererseits die Lage hinsichtlich der ersten planmäßigen Anstellung seit Jahren für die evangelischen Kandidaten im allgemeinen besser. Der Grund für diese Erleichterung ist lediglich in dem bald stärkeren oder geringeren Zugang zum Lehrerberuf auf der einen oder anderen Seite zu suchen. Lehrerschaft und Schulverwaltung haben solche Mißstände stets beklagt und die

Hochschulen.

Mißenbergschule für deutsche Universitäten. London, 18. Mai. (Deutsche Allg. Ztg.) Durch den Tod der Witwe des aus Deutschland stammenden Industriellen Dr. W. von, des Begründers der bekannten Gemälde-Galerien Brunner, Mond u. Co., werden erhebliche nach Deutschland bestimmte Zuwendungen fällig. Die Universität Heidelberg erhält 50.000 Pfund Sterling, gegenwärtig etwa 10 Millionen Mark, die Akademie der bildenden Künste in München erhält 20.000 Pfund, der Magistrat der Stadt Basel ebenfalls 20.000 Pfund. Eine Anzahl kleinerer Stiftungen geht ebenfalls nach Deutschland. Die sehr wertvolle Sammlung von Gemälden italienischer Meister wird der Bononer Nationalgalerie überwiesen.

letztere war auch stets bemüht, soweit dies im Bereich der Möglichkeit lag, durch entsprechende Reuierung des Zugangs Weibse zu schaffen. Bedeutlichen Verbesserungen mußte auch bei der Ausbildung der Fortbildungsschullehrer und namentlich der Fortbildungsschullehrerinnen Rechnung getragen werden.

Zu den für die letzteren eingerichteten Kursen wurden zugelassen einmal Haushaltungskocherinnen, die ihre Ausbildung in dem früheren Haushaltungskocherinnenkurs erhalten hatten, sodann Volksschul-(Elementar-)Lehrerinnen, die bereits an öffentlichen Schulen tätig waren. Da unter den Haushaltungskocherinnen im Verhältnis zur konfessionellen Mischung der Bevölkerung im allgemeinen und der Schulbevölkerung im besonderen das evangelische Bekenntnis nicht unerheblich überwiegt, mußte der für den Zugang des Gesetzes notwendige Ausgleich durch Härtere Bezug katholischer Elementarlehrerinnen herbeigeführt werden. Bis jetzt wurden abgehalten 5 Kurse für Haushaltungskocherinnen und 4 Kurse für Elementarlehrerinnen. In diesen 9 Kursen wurden ausgebildet die von früher vorhandenen 159 Haushaltungskocherinnen, wovon 84 katholisch und 74 evangelisch, sowie 108 Elementarlehrerinnen, darunter 79 katholische und 29 evangelische, sonach zusammen 267 Lehrerinnen, wovon katholisch 163 und evangelisch 104. Gemeldet hatten sich zu den 4 Kursen für Elementarlehrerinnen 116 Katholische und 47 evangelische Lehrerinnen; von diesen haben ihre Gesuche nachträglich zurückgezogen 17 Katholische und 12 evangelische; von den noch verbleibenden 99 Katholischen und 35 evangelischen Lehrerinnen wurden eingekurt 79 Katholische (80 Proz.) und 29 evangelische (83 Prozent). Von den nichtberufstätigen Bewerberinnen sind 77 Prozent katholisch und 23 Prozent evangelisch.

Hieraus ergibt sich, daß bei den evangelischen Elementarlehrerinnen im allgemeinen weniger Rechnung zum Eintritt in den Fortbildungskursen bestand, als bei den Katholischen, daß aber prozentual mehr evangelische als katholische Bewerberinnen einberufen wurden. Das Verhältnis von 163 zu 104 entspricht genau dem Verhältnis in dem nach der Volkszählung von 1910 die katholische Bevölkerung zur evangelischen stand. Nimmt man dagegen das hier allein maßgebende Verhältnis zwischen katholischen und evangelischen Fortbildungsschullehrerinnen zum Maßstab, so hätte die Zahl der katholischen Bewerberinnen 176 und die der evangelischen 89 zu betragen; hiernach besteht auf katholischer Seite ein Mangel von 14 und auf evangelischer Seite ein Ueberschuß von 14 Bewerberinnen. Es ergibt sich somit die Notwendigkeit, nach weiterer für eine Ergänzung des Bestandes an katholischen Bewerberinnen zu sorgen.

Der Umstand, daß mit dem Inkrafttreten des Fortbildungsgesetzes die Zahl der in den Fortbildungsschulen überföhrten katholischen Elementarlehrerinnen größer war als die der evangelischen, hat naturgemäß auch einen stärkeren Nachschub katholischer Fortbildungskandidatinnen in den Schuldienst zur Folge gehabt.

Von den 31 Fortbildungsschullehrerinnen, die bis Oktober 1922 ernannt wurden, sind 17 evangelisch und 14 katholisch. Dies erklärt sich daraus, daß gerade unter den älteren, aus den früheren Haushaltungskocherinnen hervorgegangenen Fortbildungsschullehrerinnen die verhältnismäßig größere Zahl evangelisch war.

Zur Dedung des noch vorhandenen und auf Ostern 1924 sich erheblich steigenden Bedarfs an Fortbildungsschullehrerinnen ist eine verstärkte Ausbildung solcher Lehrerinnen nötig. Da die Zahl der Anmeldungen zu den Ausbildungskursen in der letzten Zeit im allgemeinen zurückgegangen ist, und andererseits ein stärkerer Bedarf an jüngeren, unständigen Bewerberinnen hervorgetreten ist, sollen ausnahmsweise in beschränkter Zahl auch ältere Schulkandidatinnen, die sich auf erfolgreiches Ausschreiben der Kurse melden, zu diesem zugelassen werden. Eine Aufzählung zur Meldung an einzelne Kandidatinnen ist nicht ergangen.

Aus vorstehender Darstellung ergibt sich wohl zur Genüge die volle Galtigkeit der aufgestellten Behauptungen. Aus den amtlichen Mitteilungen ergibt sich die ganze Freivolität des Artikels wie auch des Geistes, der in der Badischen Schulzeitung, dem Organ des Bad. Lehrervereins herrscht. Es kennzeichnet die Tendenz des Vereins und des Blattes, wie seines verantwortlichen Schriftleiters, des Schullehrers Baerow in Heidelberg, die gemeinschaftlich nur den Zweck verfolgen, die Maßnahmen des Unterrichtsministeriums, wenn sie auch sachlich noch so unangreifbar, weil gerecht, sind, in den Augen der Lehrerschaft herabzuwürdigen und damit die leitenden Persönlichkeiten des Ministeriums mit Schmutz zu bewerfen. Es scheint, daß man dort mit Freuden jedes auch noch so niedrige Machwerk unbedenken in das Licht aufnimmt, wenn es nur bestimmten Zwecken dient. Wenn die Bad. Schulzt. nicht jedes Anstandsmaßes für sich, muß man von ihr erwarten, daß sie ihren Lesern nicht nur den ganzen Sachverhalt bekannt gibt, sondern daß sie auch ihr Bedauern darüber ausdrückt, sich zum Sprachrohr für solche verläumdende Beschuldigungen hergeben zu haben. Es mag ihr aber anheimzustellen bleiben, sich mit ihrem Gedächtnis anbeinanderzusetzen. Wir haben den Artikel wiederholt eingesehen und sind dabei zu der Ueberzeugung gelangt, daß er nicht von einem Volksschullehrer stammt, sondern im wesentlichen das Machwerk konfessioneller und persönlicher Kaffes ist.

Man laßt die Bad. Schulzt. werde vielfach von den Mitgliedern des Bad. Lehrervereins gar nicht gelesen. Das muß wohl so sein; denn sonst wäre es wohl unmöglich, daß die katholischen Mitglieder des Bad. Lehrervereins, die sich zugleich politisch zum Zentrum bekennen, sich stillschweigend fortwährend von ihrem Vereinsorgan in dieser Weise in bezug auf die Ueberzeugung verhöhnen und schädigen lassen.

Berichtigung.

In dem Artikel „Das Ende des Parlamentarismus“ in Nr. 109 des Bad. Beob., der eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen des Reichstags darstellte, sollte es heißen „Seit dem halben Januar (also seit Mitte Januar) mit Ausnahme von 14 Tagen Osterpause und 8 Tagen vom 26. April bis 3. Mai haben wir ununterbrochen getagt.“ Infolge eines Mißverständnisses kam beim Abdruck jener Zuschrift ein falscher Sinn heraus.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 16. Mai: Wilh. Müller, Rangiermann, Winter, alt 81 Jahre; Rufe Krieg, Kontorist, alt 19 Jahre; Frz. Huber, Schuhhändler, Chemann, alt 57 Jahre.

Gemeindepolitik.

11. Oberkirch, 17. Mai. Auch der gestrige zweite Wahlgang der Bürgermeisternwahl verlief ergebnislos. Da der eine der Kandidaten, W. B., seine Kandidatur zurückzog, so proklamierte die Bürgervereinigung sowie die Sozialdemokraten Wahlentscheidung. Bei der gestern abend stattgefundenen Wahl erhielt der Kandidat Ziegelmayer 28 Stimmen, 7 waren ungültig und vier fielen auf Herrn Wild. Da bei diesem Wahlgang die absolute Stimmenmehrheit von 37 Stimmen nicht erreicht wurde, so ist ein nochmaliger und zwar der dritte Wahlgang nötig.

Karlsruhe.

1. Diensthjubiläum. Herr Kassier Friedr. Läder feierte dieser Tage sein 25jähriges Jubiläum als Beamter der Privatpostgesellschaft. Den Glückwünschen, welche dem uermüdeten Tätigen von der Sparkassenverwaltung und seinen Mitarbeitern übermittelt worden sind, werden sich sicherlich auch zahlreiche Sparkassenspenden anschließen und dabei gerne des freundlichen Entgegenkommens gedenken, das der Gefeirte bei seiner Geschäftsführung die vielen Jahre hindurch betätigt hat.

70. Geburtstag. Herr Fabrikant Friedrich Kiefer in Karlsruhe feierte heute sein 70. Lebensjahr. Herr Kiefer ist der Leiter einer Reihe von bekannten Unternehmungen, die er in unermüdlicher und umfänglicher Arbeit zu ansehnlicher Höhe und besser Leistungsfähigkeit entwickelt hat. So haben sich unter seiner Führung die Holz- und Holzgeräthfabrikation für Chr. Kiefer, hervorgegangen aus dem ehemaligen Wombergischen Kohlen- und Holzgeschäft, ferner die Rheinische Schenkmühle-Industrie G. m. b. H. und die Durlacher Wollfabrik G. m. b. H. einen abtönen Ruf erworben. Neben dieser umfangreichen geschäftlichen Tätigkeit hat Herr Kiefer seine Kräfte aber auch stets gern in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Er gehört ferner dem badischen Kohlenbeirat als Mitglied an. Von den ehrenamtlichen Stellen, die Herr Kiefer sonst noch übernommen hat, sei noch seine vieljährige Tätigkeit als Handelsrichter erwähnt. 1920 wurde er in die Handelskammer gewählt, die ihm in Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit um Handel und Industrie eine Ehrenurkunde überreicht hat. Wir wünschen Herrn Kiefer, daß er noch recht viele frohen in voller Gesundheit verbringt!

12. Siebzig Jahre waren gestern (17. Mai) verfloßen, daß im neuen Hoftheater, welches seit jenem furchtbaren Brande wieder neu aufgeführt worden war, die Eröffnungsfestung stattfand. Als erstes gelangte ein Festspiel, geleitet von Eduard Devrient, komponiert von Hof. Strauß zur Aufführung. Mitwirkende Personen die Frauen und Fräulein Sowi-Schnein, Aufhäuser, Hochlig, Fromm und Gröben und die Herren Oberst, Grundmuth, Meier, Oberhoff, Dausler, Reinhold und Brückner. Auch dem Festspiel kam ein einstudierter „Die Jungfrau von Orleans“ zur Aufführung. Die Groß. Hofmusik- und Theater-Orchestre (geleitet von Hof. Keiner) hatte zu diesem ersten Spiel im neuen Theater unterm 17. Mai 1893 folgenden Kasz entlassen: „Die Herren erscheinen für heute in den Logen ersten und zweiten Rang und auf der ersten Galerie in kleiner Uniform und weißer Halsbinde — in Ermanglung der Uniform im Fraa und weißer Halsbinde.“

13. Luftfahrtaustellung. Im Verkehrsministerium (ehemaliges Zeughaus) bei der Technischen Hochschule ist eine vom Karlsruher Luftfahrverein herangebrachte Luftfahrtaustellung eröffnet worden. Von den ausgestellten Flugzeugen findet u. a. das von den Studierenden des Staatsstudiums erbaute Heißluftflugzeug am meisten Interesse. Die Weltseger-Flugzeugwerke Wöden-Baden haben zwei Flugzeuge zum Anstellen verfügbar gemacht. Das eine ist ein Doppeldecker, genannt „Froh“ mit 8 Meter Spannweite und einem Gewicht von etwa 60 Kilogramm, ohne den Führer. Seine Abmessungen waren wesentlich übertrieben durch den neuen, ohne Stoffspannung ausgeführten Segelrumpf. „Vrem“, der bei 12 Meter Spannweite 110 Kilo ohne Führer wiegt. Ein Hauptanziehungspunkt ist das auf Verordnung der Entente zurückzuführende ehemalige Kampfflugzeug ein Vollst. Doppeldecker, dessen 220 PS-Benzomotor auch durch die Entente unbrauchbar gemacht worden ist.

14. Einbruchdiebstahl. In der Nacht vom 16. auf 17. Mai wurden durch eine Polizeistreife zwei Männer angefochten, welche in einem Kuchladen Fleisch und Würstwaren im Werte von etwa 500 000 M. mit sich führten. Wie sich später herausstellte, hatten sie in einem Keller der Marienstraße eingebrochen und daraus etwa 2 Ztr. Fleisch und Würstwaren entwendet. Beide Täter wurden verhaftet.

15. Vorauslösung der Fahrkarten. In letzter Zeit sind an den Fahrkartenschaltern größerer Stationen Störungen in der Abfertigung, namentlich bei den Frühzügen an Sonntagen, entstanden. Zur künftigen Vermeidung des Antrags können die Reisenden selbst durch Vorauslösung ihrer Fahrkarten viel beitragen. Die vierstellige Geltungsdauer der Fahrkarten wird in den seltensten Fällen voll ausgenutzt, doch ist möglich ist, die Fahrkarten schon am Tage vor dem Abfertigen zu lösen. Dies empfiehlt sich hauptsächlich bei Ausflügen von Gesellschaften, auch wenn die Abfertigung auf einen gemeinsamen Werdungsreise erfolgt, wie z. B. bei Schulfahrten oder Fahrten von Familienangehörigen. Auch bei Reisen auf Sonntagsfahrten ist die Möglichkeit der Vorauslösung an den Vortagen vor Sonn- und Feiertagen gegeben. Ferner empfiehlt es sich, die Fahrkarten für die Rückfahrt schon gleichzeitig mit den Fahrkarten für die Hinfahrt zu lösen.

16. Einbrecher. Gestern vormittag wurden durch eine Polizeistreife ein Maschinenbauer und ein Maschinenflechter von hier mit verdächtigen Gepäck kontrolliert. Sie ergriffen unter Zurücklassung ihres Gepäcks die Flucht, konnten aber alsbald wieder gefangenommen werden. Es stellte sich heraus, daß die beiden in der Nacht vom 18. auf 17. L. in einem Schmiedereigebäude in der Südstadt vorgekommenen Einbruchdiebstahl betrubt und Stühle im Werte von mehreren Millionen Mark gestohlen hatten. In ihrem Gepäck wurden 16 Paar Perren- und Damenstühle vorgefunden.

17. Taschendiebstahl am Bahnhof. Gestern vormittag wurde einer Frau aus Berlin auf Bahnhöf 2 des hiesigen Hauptbahnhofs aus ihrer Handtasche ein Geldtäschchen mit 385 000 M. Inhalt und unbekanntem Täter entnommet.

Sport

Deutsche Jugendkraft — Gau Mittelbaden. Nach dem am 13. 5. 1923 Baden-West sich nicht gegen A. Mühlburg zum Verbandsziel berufen konnte, fallen die 2 Punkte der D. A. Mühlburg zu, die damit ihrem nächststärkeren Gegner um 4 Punkte voraus sind, so daß es für Mühlburg zum diesjährigen Gauweiser reichte. Somit haben die Verbandsziele im Gau Mittelbaden

die Ende erreicht, wenn auch nicht alles zur Aufrechterhaltung der Gleichheit gelangen ist. Dem Gauweiser D. J. A. Mühlburg wünscht die Gauleitung zu ihrem bisherigen Erfolg herzlich Glück und hofft, daß Mühlburg auch in den nächsten Jahren seinen Mann stellen werde. Da Baden-West zurücktreten ist, erhält A. Mühlburg die 2 Punkte vom Rückspiel. Gegen erhält Durlanden die 2 Punkte vom Spiel 6. 5. 1923 gegen V. Sportfreunde. J. Ga.

Dollar 17. Mai 46 600.—

Berlin, 17. Mai. (Währungsnotizen) Im heutigen offiziellen Devisenbericht war das Geschäft verhältnismäßig reger bei steigenden Kursen. Im Effektenverkehr tätige die Spekulation große Mühen in der Erwartung, daß nach den Pfingstferienlagen eine allgemeine Belebung einsetzen wird. Das Goldmarktaufgebot für die Zeit vom 23. bis einschließlich 29. Mai beträgt das Goldmarktaufgebot 855 000 vom Hundert.

Amliche Berliner Devisenkurse, 17. 5. 23.

Amsterdam	Geld	Brief	Amsterdam	Geld	Brief
Brüssel	181.50	182.50	Amsterdam	181.50	182.50
Kristiania	267.30	267.70	Brüssel	181.50	182.50
Kopenhagen	751.20	751.80	Kristiania	267.30	267.70
Oslo	962.37	962.63	Kopenhagen	751.20	751.80
Stockholm	1231.16	1231.94	Oslo	962.37	962.63
Helsingfors	1295.75	1303.25	Stockholm	1231.16	1231.94
London	2293.33	2271.67	Helsingfors	1295.75	1303.25
New-York	21711.86	21578.13	London	2293.33	2271.67
Paris	453.33	467.66	New-York	21711.86	21578.13
Schweiz	3122.17	3137.83	Paris	453.33	467.66
	8428.37	8471.13	Schweiz	3122.17	3137.83

Stoß, 15. Mai. (Rittelmarkt.) Aufgeführt waren 74 Herfel, waren wurden 70 verkauft. Die Preise bewegten sich von 320 000—460 000 M. Der Handel war fest lebhaft.

Engen, 14. Mai. Dem heutigen Bodenscheinemarkt wurden 107 Mühlsteine angeführt. Es kostete das Paar Mühlsteine 330—400 000 M. Der Handel war gedrückt. Neß ca. 20 Stück. Auf dem Gau-Jarenmarkt wurden 86 Stück aufgeführt. Verkauf ca. 10 Stück. Preis 3/2 bis 5 Millionen.

Die Weidenerzeugung in Weersburg war von einer überaus großen Zahl von Interessenten besucht. Zur Vertheigerung gelangten 1922er Färbeweine und 1921er Färbeweine. Für einen Liter Weersburger Weißherbst wurden 3300—4000 M. (ohne Steuer) bezahlt; für Sagnauer Weißherbst wurden 3500 M. geboten. Bedeutende Steigerungen gab es beim Weersburger Traminer, der mit 6100—7200 M. bezahlt wurde. Für Weersburger Weidwein (in Flaschen) wurden 10 400 bis 10 800 M. u. für Weersburger Spätburgunder (Musle) 16 000—20 000 M. für eine Flasche. Dazu kommen noch 20 Prozent Steuer. Es waren vor allem die auswärtsigen Interessenten aus Baden-Baden, Karlsruhe und Heidelberg, die die Preise in die Höhe trieben.

Gröbhandels-Aktiengesellschaft für Getreide und Mühlenfabrikate. Unter Mitwirkung der Gröbhandels-Aktiengesellschaft für Getreide und Mühlenfabrikate in Berlin und der Großgroßhandelsfirmen W. Weinberger und Daube u. Mayer in Mannheim wurde unter der Firma „Eubdeutsche Gröbhandels-Aktiengesellschaft für Getreide und Mühlenfabrikate“ in Mannheim eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 100 Millionen Mark gegründet.

1. Fortlandeswerke in Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.-G. Heidelberg. Die Generalversammlung sollte die Dividende auf 1500 M. pro Aktie fest. Ueber den Geschäftsgang wurde mitgeteilt, daß der Absatz stotend geworden ist. Die weitere Entwicklung hängt von den Verhältnissen im Ausgabebiet ab. Weitere Steigerung des Mehrpreises. Die Eubdeutsche Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 um weitere 15 000 M. für einen Doppelzentner erhöht.

Die neue Teuerungsschelle. Erhöhung der Wagnerspreise. Das Wagnersschiff, St. Wagnen, hat den Ausschlag auf die letzte Preisliste von 3000 auf 3250 Prozent erhöht.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe

Vorausichtliche Witterung bis Samstag, den 19. Mai, nachts: Da unmetere das Tiefdruckgebiet nordwärts zieht und damit die kalten Luftmassen polwärts zurückgedrängt werden und von Südwesten her hoher Druck vorrückt, ist für die kommenden Tage mit heiterem, warmem und trockenem Wetter mit Aussicht auf Frostbestand in den nächsten Tagen zu rechnen.

Wasserstände des Rheins am 18. Mai: Schiffermühl 215 (gef. 10), Rehl 330 (gef. 2), Maxau 493 (gef. 6), Mannheim 403.

Von allen wichtigen Tagesneuigkeiten bringt der B. B. rasch und zuverlässig Nachricht. : : : : :



Süddeutsch. Goutag der kath. Kaufm. Vereine.

Fortsetzung. Siehe Mittwoch-Nummer, wo vernehmlich der Anfang des Berichtes stand.

Nachdem der Vertreter der Zentrumspartei gesprochen, erhob sich der Verbandsvertreter aus Offen, Winkler, um dem Goutag die Segenswünsche des Verbandsvorstandes zu überbringen. Seine mit begeistertem Beifall aufgenommenen Ausführungen waren eine glänzende Darstellung der Grundzüge der katholisch-kaufmännischen Vereinigungen in ihrer Anwendbarkeit zur Heilung der Schäden unserer gegenwärtigen Zeit und der Bedeutung unserer gegenwärtigen Zeit und der Bedeutung unserer gegenwärtigen Zeit...

Nach einer Ansprache des Präses der „Fidelitas“, des hochw. Herrn Kuhnhamberger, der in feinsinniger Weise die Bedeutung Roms geschichtlich entwickelte und in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellte, erfolgte die feierliche Uebergabe des vom Kapite vertriehenen Kreuzes pro ecclesia et pontifice an Direktor Müller durch den Präses. Sodann, immer sich wiederholender Beifall wurde dem Geseierten zuteil. Ein erhebender Moment! Direktor Müller sprach in bewegten Worten seinen Dank für die Ehrung aus und schilderte die vielen Kämpfe der vergangenen Zeit, wie aus dem Heinen Reis eine stolze „Fidelitas“ herangewachsen sei. Seine Mahnung hing aus dem Glauben der Räter die Traue zu bewahren in guten und in schlechten Tagen draußen auf der Sturmbeuge der See des öffentlichen Lebens.

Zur Eröffnung der Stimmung trugen noch gut gelungene gefällige Darbietungen von Mitgliedern der „Fidelitas“ sowie von Fr. Kronenberger bei. Auch Grand Dintzenmüller, der die Bachmusik in eine erhaben gefühlvolle Bewegung brachte, sei nicht. Das gemeinsam gesungene Bundeslied schloß die harmonisch-herzlich verkaufene Feier ab. Am anderen Morgen um 9 Uhr wurde nach dem Besuch der 8 Uhr-Messe in der St. Stephanskirche, wo für die Teilnehmer besondere Plätze bereit gehalten waren, wiederum im Gartencafé des Restaurant „Moninger“ in die sachliche Beratung eingetreten. Den Vorsitz führte Gewerkschaftsleiter Stephan aus Mannheim. Nach gemeinsamer Anrufung Gottes im Gebet schiederte er den Zweck der Zusammenkunft, die Notwendigkeit intensiver Arbeit. Anwesend waren neben den einzelnen Vereinsdelegierten, die sehr zahlreich erschienen waren — so waren aus Schwäb. Gmünd allein 7 Vertreter da —, der Direktor der Mannheimer Hansabank, Verbandsvertreter Winkler aus Offen, Parteisekretär Bauer aus Karlsruhe als Vertreter der Zentrumspartei Mittelbadens. Der Tätigkeits- und Mitgliedschaftsbericht der Goutagung wurde entgegengenommen und die Entlassung einstimmig genehmigt. Verbandsvorstandsvertreter Winkler eröffnete die Generalaussprache mit einem großzügigen Referat über die Lage des Verbandes und wies ganz besonders auf den gemaltigen

Ausbau hin, den die Wohlfahrts-Einrichtungen des Verbandes im letzten Jahre erfahren hatten. Eine lebhafteste Aussprache schloß sich daran.

Von Freiburg wurde eine eingehendere Bearbeitung der Jugend, Sammlung in Jugendgruppen, verlangt; als organisatorisch zweckmäßig die Einteilung des Gau-gebietes in Bezirke. Allgemeinwünsch war eine lebhafteste gegenseitige Fühlungnahme und Vereinerung der einzelnen Vereine durch Gauvorstandsmitglieder. Eine interessante Beleuchtung erfuhren die Gewerkschaftsfragen. Verbandsvertreter Winkler und Parteisekretär Bauer legten den grundsätzlichen Standpunkt der kathol. Kaufm. Vereine dar, der sich ergibt aus ihrem Wesen als paritätische Organisationen. Der Goutag stellte sich reiflos auf den Boden dieser Anschauungen.

Diese allgemeine Aussprache, als deren Resultat einige Beschlüsse zu verzeichnen sind, ergab die einstimmige Auffassung über alle wesentlichen Fragen und den festen Willen zur gemeinschaftlichen Arbeit im Interesse des Verbandes. Zum Gau-Vorort wurde wieder Mannheim, zum Gau-Vorort wiederum der verdiente bisherige Vorsitzende Stephan-Mannheim gewählt. Ein Antrag auf Abführung von 15 Prozent des Verbandsbeitrags an die Goutage, um die Durchführung der Jugendbearbeitung zu ermöglichen, wurde angenommen. Der Direktor der Mannheimer Hansabank hielt hierauf ein kurzes, aber äußerst instruktives Referat über den Zweck und die bisherige Entwicklung der Hansabanken, der Bank des erwerbsfähigen Mittelstandes. Die Hansabanken haben eine ungeheure Ausdehnung erfahren. Sie sind solid fundiert, gewissenhaft geleitet und mit Meßern wohl versehen, um auch schwereren Krisen standhalten zu können. Das war der Eindruck des sachlichen Referats.

Für die Angelegenheit der R. A. B. wurden 320 000 Mk. gesammelt. Schwäb. Gmünd wurde als Goutagort für 1924 bestimmt.

Nachdem noch für die verschiedenen Verbandsausschüsse Mitglieder zum Voranschlag beim nächsten Verbandskongress nominiert waren, schloß um halb 8 Uhr mittags der Vorabend mit dem wärmsten Dank für die gastfreundliche Aufnahme durch den Karlsruher Bruderverein die ununterbrochen durchgeführte Tagung. Es schloß sich noch ein gemeinsames Mittagessen und ein Spaziergang an, während man sich abends noch einmal zur zwanglosen Unterhaltung traf. Ungeduldiger Arbeitseifer, der Wille, den großen Idealen des R. A. B. zum Sieg zu verhelfen, lag über der Tagung. Die Früchte des Goutages 1923 werden segensreich für den ganzen Verband sein. Das wolle Gott!

Chronik.

Baden. (1) Heidelberg, 17. Mai. Zur Uebernahme der erledigten ordentlichen Professur für Ägyptologie an der Universität München, die der nach Spaland übergetretene Prof. v. Wiffing inne hatte, hat das bayerische Unterrichtsministerium einen Ruf an den Honorarprofessor Dr. Wilhelm Spiegelberg in Heidelberg ergoßen lassen. — Bei der für Pfingstsonntag vom Deutschen republikanischen Reichsbund geplanten republikanischen Kundgebung auf dem Schloßhof, die im Anschluß an die 48er-Gründerfeier in Frankfurt veranstaltet wird, wird Staatspräsident Memmele in einer Ansprache der großen Freiheitsbewegung von 1848 gedenken. — An den beiden Pfingstfeiertagen findet hier die Tagung des Süddeutschen Bezirksverbandes der Friseurvereine statt. Ferner vom 29. bis 31. Mai eine solche des Verbandes Deutscher Saffranzüler.

Offenburg, 17. Mai. Der R. Ad. Adzigt, wird von hier gemeldet, daß die Anordnung der neuen Fahrpläne bis auf weiteres für das Gebiet des Brückenlopfes Rehl aufgehoben worden ist. Der Fernsprechverkehr mit Offenburg ist wieder aufgenommen.

Verbesserungen im Zugverkehr. Einige Verbesserungen zwischen Mannheim und Schwetzingen-Karlsruhe und Schwetzingen-Heidelberg sind seit einigen Tagen in Kraft getreten. So fährt von Mannheim nach Schwetzingen ein neuer Vormittagszug, der Mannheim um 9.55 Uhr verläßt und in Schwetzingen 10.30 Uhr ist. Von Karlsruhe geht der letzte Abendzug nach Mannheim um 10.12 Uhr, der 11.35 Uhr in Schwetzingen ist. Auf der Heidelberg-Strasse verkehrt wieder der Morgenzug Heidelberg ab 8 Uhr und Schwetzingen an 8.21 Uhr und der Gegenzug Schwetzingen ab 11.22 Uhr vormittags.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Im allgemeinen ist die Arbeitsmarktlage in der Berichtswochen abgesehen vom besetzten Gebiet, wo noch eine weitere Verschlechterung eintrat, ziemlich unverändert geblieben. Stellenanzeigen scheinen sich Vorzeichen für eine leichte Besserung bemerkbar zu machen.

Die neuen Kohlenpreise.

Berlin, 17. Mai. Im Anschluß an die letzttägige Bewilligung höherer Löhne hatten sich die Organe der Kohlenwirtschaft gestern mit den Preiserhöhungen-Anfragen der Reichswirtschaftsministerien, Syndikaten und der Reichsregierung über die Preisfestsetzung abgefunden. Die Preisfestsetzung der Reichsregierung wurde vereinbart, daß die in der Zeit vom 1. bis 15. Mai ohne Kohlenpreiserhöhungen bewilligten höheren Löhne auch in den neuen ab 16. Mai geltenden Preisen keinen Ausdruck finden sollen. Die Preiserhöhungen ab 16. Mai sollten sich vielmehr nur auf der Linie der ab 16. Mai eingetragenen Kohnerhöhungen bewegen. Es werden demgemäß erhöht die Preise netto ohne die zuzurechnenden Leertungsaufschläge in: Rheinland-Westfalen, Förderleistung um 21 100 Mk., Aachen-Gebiet durchschnitlich 28 733 Mk., Saachen durchschnitlich 23 700 Mk., Niederhessen 19 110 Mk., Oberhessen 8 800 Mk., Niederrhein 19 638 Mk., Mitteldeutsche und Ostfälische Braunkohle (Rohstoffe) durchschnitlich 8772 Mk., desgleichen Brifflets durchschnitlich 11 730 Mk., Rheinische Braunkohle (Rohstoffe) 8680 Mk., Brifflets durchschnitlich 12 970 Mk. Den obigen Preisen zufolge erhöhen sich einschließl. Steuer um: die Preise für Ruhr-Beck-Steinkohle von 114 117 auf 143 510 Mk., für Rheinische Braunkohle von 70 460 auf 88 500 Mk., für Rheinische Förderkohle von 19 965 auf 25 080 Mk., für mitteldeutsche und ostfälische Hausbrandkohle von 60 027 auf 84 850 Mk. je Tonne.

Wißbrauch des Umkleiverkehrs.

Durch die Umkleitung des Personenverkehrs über Forstheim-Galm-Freiburg, sowie über Freiburg-Donauwörth-Strüben infolge Stilllegung der Strecken Remchingen-Wiesbaden und Offenburg-Ortenberg entfielen auf der Strecke Freiburg-Donauwörth erste Betriebsmittelverrichtungen. Die Lastenlose Umkleitung wird daher für Reisen auf Ausflugszwecken mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Als solche Reisen gelten gemeinsame Ausflüge größerer Gesellschaften, Vereine usw., auch wenn die Teilnehmer Einzelgänger zum regelmäßigen Preis lösen, Schulfahrten, Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, ausgenommen der Jugendpflege, sowie alle Reisen auf Sonntag und Feiertagen. In diesen Fällen ist für die Umkleitende das tarifmäßige Fahrgehalt für die befahrene Strecke zu entrichten.

Während der Reisezeit

erhalten auf Wunsch unsere Abonnenten den „Badischen Beobachter“ unter Streifenband nachgeschickt und zwar an allen Orten des In- und Auslandes. Bei längerem Verfall gegen eine wöchentliche Gebühr von Mk. 1500.— nach deutschen und österreichischen Orten Mk. 1800.— nach dem Ausland. Bei längerer Abwesenheit kann der „Badische Beobachter“ auch bei dem Postamt des betreffenden Aufenthaltsortes auf die Dauer von mindestens einem Monat bestellt werden. Die direkte von unserer Geschäftsstelle besorgte Streifenbandlieferung bietet jedoch größere Gewähr für regelmäßiges, pünktliches Eintreten der Zeitung namentlich bei wechselndem Aufenthaltsort. Bestellungen auf direkte Streifenbandlieferungen wollen bei unserer Geschäftsstelle, Adlerstraße 42, unter Entrichtung der Gebühren aufgegeben werden.

Postabonnenten haben bei Nachsendung folgendes zu beachten:

Dor der Abreise ist die Ueberweisung bei der Postanstalt des betr. Wohnortes oder schriftlich bei dem Briefträger mindestens 3 Tage vor der Abreise unter Entrichtung einer Gebühr von Mk. 60.— zu beantragen. Eine Zeitdauer der Ueberweisung ist nicht anzugeben, sondern nur von welchem Tage ab die Nachsendung stattfinden soll. Rück- oder Weiterreise. Diese ist einige Tage vor der Wegreise bei dem Postamt zu melden, durch welches die Zustellung zuletzt erfolgte. Eine Mitteilung an die Postanstalt des ursprünglichen Wohnortes ist zwecklos. Geschäftsfelle des „Bad. Beobachters“.

Geschäftsfelle des „Bad. Beobachters“.

Die Presseabteilung der badischen Regierung teilt mit: Nach dem Beispiel anderer deutscher Länder ist vom Justizministerium die Abhaltung sog. Marktgerichte zunächst versuchsweise in Mannheim als dem für einen großen Teil des Landes besonders wichtigen Markttort angeordnet worden. Die Einrichtung ist in der Weise gedacht, daß an Markttagen ein Richter und ein Gerichtsschreiber sowie ein Staatsanwalt zur sofortigen Aburteilung von Preiserhöhungen und Handelsergebnissen ohne Handelsurlaubnis im Strafverfahren zur Verfügung stehen. Das Marktgericht wird sich mit Hilfe der Bürgerpolizei die nachhaltige und rasche Erstattung der Schulden anlegen sein lassen. Demnach ist die Einrichtung in Mannheim, so wird sie auch an anderen wichtigen Markttorten getroffen werden. Wichtige des realen Handels und der Verbraucherschaft wird es sein, durch entsprechendes Verhalten, insbesondere durch sachdienliche Mitteilungen an die Polizeibehörden und die Staatsanwaltschaft, deren Tätigkeit zu unterstützen und so das ihrige zur Bekämpfung der gemeinschaftlichen Auswüchse des Handels beizutragen.

Vollbüro u. Arbeitersekretariat für Karlsruhe u. Umgebung. Dienstag, den 5. Juni 1923, nachmittags 1/2 Uhr in Karlsruhe, Marienstraße 80. Generalversammlung. Der Vorstand.

Arbeitsamt für den Vermittlungsbezirk Karlsruhe Fachabteilung für das Wirtsgewerbe sucht Aushilfs-Stellner und Aushilfs-Stellnerinnen für die Feiertage, insbes. bei gutem Wetter. Die Vermittlung findet auch Sonntags von 10—12 Uhr statt.

Baubund-Möbel in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung. Eigene Verkaufsstellen: Karlsruhe, Karlsruhstr. 22, Freiburg, Kaiserstr. 27, Bruchsal, Gewerbehalle a. Markt, Pforzheim, Theaterstr. 15, Offenburg, Steinstr. 2, Moshach, Hauptstr. 12, Mannheim, Schloss, rechter Flügel, Reitbahn. Badischer Baubund G. m. b. H. Gemeinnütziger Möbelvertrieb. Tel. 5157 Karlsruhe, a. Rondellplatz.

STADTGARTEN Sommertagszug (Induzug, Regen, Doppel-Konzert. Harmoniekapelle und städt. Schülkapelle. — Eintritt (auch für den Tiergarten): Inhaber von Jahreskarten und Kartenheften 200 Mk., Kinder 100 Mk. — Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalterkassen. Samstag, den 19. Mai 1923, nachmittags von 1/2—6 Uhr.

Ata Henkel's Duß- und Scheuerpulver, für Haushalt, Gewerbe und Industrie unentbehrlich. HENKEL & Co., DUSSELDORF. Putz mit Ata Topf und Herd. Weil's den schönsten Glanz bescheert!

Bad. Landestheater. Spielpian vom 19. Mai bis 29. Mai. Im Landestheater. Sa. 19. \* Abon. E. 21. Peer Gynt. 6. (Sp. I. 4000.—) Th. G. B. V. B. No. 4101—4400.— So. 20. Aida. 6 1/2. (Sp. I. 7000.—) — Mo. 21. Undine. 6 1/2. (Sp. I. 7000.—) — Di. 22. \* Abon. A. 21. Der fliegende Holländer. 7. Sp. I. 6000.—) Th.-Gem. B. V. B. No. 4401—4600.— Mi. 23. Volksbühne. S. 3. Maria Stuart. 7. (Sp. I. 5000.—) — Do. 24. \* Abon. D. 21. Dame Kobold. 7. (Sp. I. 5000.—) Th.-Gem. B. V. B. No. 1—200.— Fr. 25. Volksbühne. O. 9. Die lustigen Weiber von Windsor. 7. (Sp. I. 7000.—) — Sa. 26. \* Abon. C. 20. Die Freier. 7. (Sp. I. 5000.—) Th.-Gem. B. V. B. No. 201—500.— So. 27. Vorm. 11 1/2. In der Wandelhalle des I. Ranges. Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes. Einführung in Sterneheims „Bürger Schippel“. Vortrag von Hochschulprofessor Dr. Hohl. Eintritt für Mitglieder des Theaterkulturverbandes und der Gesellschaft für deutsche Bildung 250 Mk., für Nichtmitglieder 500 Mk.; abends 6 1/2. Die Pledermaus. (Sp. I. 7000.—) — Mo. 28. Volksbühne. S. 4. Maria Stuart. 7. (Sp. I. 5000.—) — Die. 29. \* Abon. G. 21. Aida. 6 1/2. (Sp. I. 7000.—) Th.-Gem. B. V. B. No. 1001—1100. 1501—1700. Im Konzerthaus. So. 20. \* Die fünf Frankfurter. 7. (Park. I. 4000.—) — Mo. 21. \* Das Konzert. 7. (Park. I. 4000.—) — Die. 22. Theater. 7. (Park. I. 4000.—) — So. 27. \* Der Raub der Sabinerinnen. 7. (Park. I. 4000.—) Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 19. Mai, nachm. 1/2—5 Uhr, allgemeiner Vorkauf und weiterer Umtausch von Dienstag, den 22. Mai an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10 1/2—1, 4-6 Uhr).

Offenbacher Lederwaren-Vertrieb. Kaufen Sie heute! Sie sparen viel Geld! Trotz steigender Lederpreise u. Löhne geben wir sämtliche vorhandenen Lederwaren sehr preiswert ab. Unsere Waren sind sehr gut! Unsere Auswahl ist sehr gross! Uns. Preise sind sehr niedrig! Wir führen nur echte Lederqualitäten vom einfachsten bis zum feinsten Luxusartikel. — Der stetig wachsende Kundenkreis ist der beste Beweis für uns, ausserordentl. Leistungsfähigkeit. Offenbacher Lederwaren-Vertrieb Kaiserstrasse 203, I. Etage. Kein Laden - Etagegeschäft.

Anlauf von Goldschm. An Silbergegenstände, Platin, Gebisse, per Jahr 3500. und mehr. R. Ziegler, Aladenstraße 28, Tel. 821. Tüchtige Friseur. Kann sofort eintreten. Wo ist die Geschäftsstelle ds. St. unter Nr. 129. Heirat. Nur ernstgemeinte Angebote unter Nr. 181 an die Geschäftsstelle ds. St. Einbindung durch Verwandte awegzeln.

Stadt. Friedrichsbad 1/12—1 Uhr vormittags. Schwimmbadzeit für Männer u. Knaben.

Zentrumsverlag. In badischer Kreisstadt sucht auf 1. Juli oder später einen jüngeren, tüchtigen, kathol., ledigen Buchhalter der in allen Zweigen des Verlagsgeschäftes zu selbständiger Arbeit befähigt ist. Vertrauensposten und Dauerstellung. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Referenzangaben und Bild unter Nr. 190 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Bücher. Deutscher Hauschat: Sonntag ist's. Monatschrift mit Bildern. Heft 7. 49. Jahrgang. Herausgeber Dr. Alfons Heilmann. Verlag Deutscher Hauschat, Regensburg. Das April-Fest führt den Hauptroman von Peter Dörfler „Der ungerechte Heller“ zu allerhand Komplikationen. Seine „Sonntagsgedanken“ hat der Herausgeber auf das Thema „Schweigen“ eingestellt, und es ist interessant, seinen Ausführungen über den Vorwurf einer „Schweigezeit“ zu folgen. Die illustrierten Aufsätze werden eröffnet mit einer Reihe prächtiger Bilder über Berg und Kloster Montserrat, woselbst der Sage nach der St. des Heiligen Orat gewesen sein soll. — Wunderbühne: Gemälde von Eugénie der Nigist sind die Rabonnenbilder von Ant. Raupf mit dem erläuternden Text „Ein Rabonnenmal“ von Dr. A. Heilmann. — Ein schöner, stimmungsvoller Gedichtzyklus „Gedanken an die Kindheit“ und „Weiser Sonntag“ sowie eine Anzahl „Alte deutsche Bauernregeln“ vervollständigen noch den reichen Inhalt. Auch gute Volksbilder und die regelmäßige Kinderbeilage, auf dem Heft beigegeben. Eine Ergänzungsbeilage ist die sehr reichhaltige, auf Seiten starke Frauenbeilage mit Frühjahrsmoden, Handarbeiten, Behandlung von Frauenfragen und hauswirtschaftlichen Dingen. Bonaventura: Die Zeit der Erfüllung. Judas-Tabbadauber, Walsbe, Büttig. 130 S. 1000 Mk. Wer Interesse dafür hat, welche geistige Verwirrung der Adventismus auch bei Katholiken anrichten kann, findet ein Musterbeispiel in dieser Broschüre, deren exaltierter Verfasser hier den Büchern und Vätern die ihm gewordenen Gottesbotenschaft verstanden zu müssen glaubt. A. Wetter. Stimmen der Zeit. Monatschrift für das geistliche Leben der Gegenwart. Freiburg i. Br., Herder. Inhalt des Heftes 1923: Ein Meister des inneren Gebetes. (Zum Teil nach ungedruckten Quellen.) (O. Braunberger.) — Vom Ringen um die Weltweisheit. (B. Janßen.) — Bilder aus dem deutschen Kinderleben. (W. Dühr.) — Unmittelbare Intuition? (Augustinus — Pascal — Newman.) (E. Bergmann.) — Aus der Briefmappe eines berühmten Konvertiten des 17. Jahrhunderts. (St. v. Dunin-Borkowski.) — Ein Stiefkind der Caritas. (E. Roppel.) — Wilhelm Hermann Niehl (1823—1897.) (E. Stang.) — Vesperegungen von Büchern über Liturgie; Ordenswesen; Deutsche Erzählungsliteratur.